

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 125.

Dienstag, den 2. Juni 1914.

21. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Zum Titelschacher.

Der preussische Kultusminister erklärte im Landtag: daß in Preußen der Professortitel nicht käuflich ist, in welcher Form auch immer, versteht sich von selbst. Solche Behauptungen sind reichlich unvorsichtig. Das bestätigt jetzt auch die „Vossische Zeitung“, die in einem Leitartikel den Titelhandel erörtert. Das Blatt führt dem preussischen Kultusminister zu Gemüte, daß der Titelschacher nicht wie irgend ein anderer Warenhandel vollzieht.

„Aber daß Personen von geringer Bedeutung, wenn sie für bestimmte, von hervorragenden Stellen begünstigte Zwecke erhebliche Summen stifteten und durch ihre fürsorglichen Vermittler über Vorder- oder Hintertreppen bereite Fürsprache in bestimmten Amtsstuben beizubringen vermochten, daß sie bisweisen eher den ersehnten Titel erlangten, als weit bedeutendere Anwärter, die nicht zahlen wollten oder konnten; davon hätte der heutige Kultusminister wenigstens bei Lebzeiten Althoffs einiges erfahren können. Und Althoff, der geniale Igniter, hatte über moralisierende Bedenken die Achsel gezuckt. Er hat selbst so viel Geld für gemeinnützige Unternehmungen aufbringen müssen, daß der Zweck vielleicht gelegentlich das Mittel heiligte.“

Und dann, es hat auch Prozesse wie wider Manche oder die Pommerbank gegeben, wo man erfahren konnte, daß Titel und Orden zwar gewiß nicht käuflich, aber sonst einwandfrei scheinenden Leuten bei entsprechend hohen Spenden für kirchliche oder weltliche Gründungen und bei entsprechend hoher Empfehlung leicht erreichbar waren.“

Die „Vossische Zeitung“ ist der Auffassung, daß der unwissende Kultusminister auch vom Staatsanwalt, dem er Liebknechts Enthüllungen übergeben, nichts erfahren werde, sie schlägt vor „eine parlamentarische Untersuchung über Ursprung, Umfang und Unterlagen der staatlichen Auszeichnungen zu veranstalten. Aber mit Eidespflicht für die vorgeladenen Zeugen“. Möglich, daß ihm damit der Staat gestochen würde. An eingeweihten Leuten fehlt's ja nicht. Der Korrespondenz „Information“ wird beispielsweise aus ärztlichen Kreisen geschrieben:

„Schon vor dem Bekanntwerden der Liebknechtschen Enthüllungen haben die Berliner Ärztevereine Gelegenheit genommen, die Frage der ärztlichen Titelverleihung mehrfach zu erörtern. Es ist in Berliner Ärztekreisen ein offenes Geheimnis, daß sich in der letzten Zeit die Fälle auffallend gemehrt haben, in denen Ärzte, deren wissenschaftliche Bedeutung dies kaum rechtfertigen würde, den Titel eines Professors erhalten haben. Hält man demgegenüber die ungemaine Wertschätzung des Professortitels in früheren Zeiten, die in seiner seltenen Verleihung ihren Ausdruck fand, fest, so ist leicht einzusehen, daß der Professortitel heute nicht mehr den Wert und die Bedeutung von ehemals besitzen kann. In allen beteiligten Kreisen ist man sich darüber einig, daß der Abgeordnete Liebknecht offene Türen einrennt, wenn er der staunenden Welt enthüllen will, was sie schon längst weiß. (Nur der preussische Kultusminister weiß nichts!) Man mag sich darüber erörtern stellen oder nicht, die Tatsache bleibt bestehen, daß Ärzte ebenso wie andere Personen Titel und Ehrenzeichen käuflich erwerben können und auch schon erworben haben.“

Die Ärztevereine, die in dem Titelschacher eine Verletzung der Standesinteressen erblicken, sind sich schüffig geworden, daß Remedur eintreten müsse.“

Die „Köln. Volkszeitung“, dem führenden rheinischen Zentrumsblatt schreibt ein „alter Leser“ des Blattes:

„Die Enthüllungen des Abg. Dr. Liebknecht bringen durchaus nichts Neues; der von ihm veröffentlichte Tarif ist jedoch außerordentlich übertrieben. Es ist ja zuzugeben, daß Titel und Orden in den letzten Jahren auch teurer geworden sind, auf den Titeln ruht außerdem noch eine preussische Stempelabgabe, allein solche Preise, wie sie in dem Tarif enthalten sind, werden so leicht nicht bezahlt.“

Nun gibt es allerdings verschiedene Arten von Leuten, die sich mit diesem Geschäft befassen.

1. Gewerbsmäßige Vermittler, die ihre Dienste durch Inserate in Zeitungen anbieten, auf welche sich dann die Reflektanten melden, um etwa folgende Antwort zu erhalten:

Antwortlich Ihrer geif. Meldung teile ich Ihnen höflichst mit, daß ich in der betreffenden Angelegenheit nur dann mit Ihnen in Verbindung treten kann, sofern Sie mir zunächst auf Ehrenwort strengste Diskretion zusichern und erklären, daß Sie diese Sache als eine rein persönliche und private behandeln werden.

Unbedingte Voraussetzungen sind: Tadellose Leumunds-, Vermögens-, und Kreditverhältnisse des Bewerbers, ferner ist zunächst die Beantwortung folgender Fragen erforderlich:

Vor- und Zuname des Bewerbers
Geburtsort und Datum
Staatsangehörigkeit
Genauere Angabe der Firma und etwaiger Teilhaber

Seit wann besteht die Firma und wie lange ist der Bewerber Inhaber?

Erst nach Erhalt Ihrer Information und Prüfung derselben läßt sich feststellen, ob Sie die erforderliche Qualifikation besitzen und als ernsthafter Bewerber in Frage kommen, so daß eine persönliche Rücksprache zweckmäßig erscheint.

In diesem Falle gebe ich Ihnen sofort meinen Namen und Adresse an. Die Durchführung der Angelegenheit erfordert ca. 3—6 Tausend Mark nur für den Fall des Erfolges.

Prima Referenzen über korrekt und schnell durchgeführte Angelegenheiten werde ich Ihnen bei unserer Rücksprache vorlegen. Antwort erbitte ich unter:

Postlagerkarte 456 Berlin W. 81.

Man sieht, daß hier sehr mäßige Ansprüche gestellt werden.

2. Gelegenheitsvermittler, die ihre tatsächlich bestehenden hohen Beziehungen zur Besserung ihrer finanziellen Lage benutzen, wie es kürzlich von einem General v. L. behauptet wurde. Derartige Persönlichkeiten werden jedoch in informierten Kreisen als Vermittler viel benutzt; so z. B. verwertete ein auch in Sportkreisen sehr bekannter Geheimkommerzienrat seine hohen Beziehungen in der Weise, daß er die Beträge, um die er seine Freunde angereicht hatte, durch Besorgung von Orden und Titeln beglich, jedenfalls eine bequeme Manier, seine Schulden los zu werden.

Es gibt aber auch:
3. sog. selbstlose Vermittler, die den Titel- und Ordensgierigen solche Auszeichnungen verschaffen, nicht um des eigenen Gewinnes halber, sondern um dafür Geldspenden für wohltätige und öffentliche Zwecke zu veranlassen. In dieser Hinsicht soll sich jahrelang ein früherer hoher Hofbeamter und auch ein vor mehreren Jahren verstorbenen Ministerialbeamter ausgezeichnet haben.

Jedenfalls ist diese dritte Kategorie anders zu beurteilen, als die erste und zweite, die den Titel- und Ordensschacher nur zum eigenen Gewinn oder zum Abtrag ihrer Schulden betreiben.

Daß ein sehr großer Teil der Ordens- und Titelverleihungen mit irgend welchen geldlichen Leistungen zusammenhängt, ist wohl längst kein Geheimnis mehr. Deshalb gibt es auch viele Leute, die, wenn die Anfrage von zuständiger Seite an sie ergeht, ob ihnen eine Auszeichnung erwünscht sei, ablehnend antworten, weil ihnen zu genau bekannt ist, auf welche anrüchliche Weise derartige Dinge vielfach erworben werden.“

Das Lübecker Ablösungsgezet.

III. Die Gegenseitwürfe.

Dem jahrelangen, unausgesetzten Drängen der Landwirte auf Ablösung aller auf ihrem Besitz ruhenden Lasten und Beschränkungen gab der Senat endlich nach und brachte den Entwurf eines Ablösungsgezetes im Mai 1912 an den Bürgerausschuß. Die von diesem eingesetzte Kommission gab ihm eine ganz neue Gestalt und setzte vor allem die von den Landwirten als Abfindung zu zahlenden Summen beträchtlich herab. Der Bürgerausschuß schloß sich seiner Kommission im März ds. Js. an, doch der Senat scheint die höheren Summen für die Staatskasse retten und lieber das ganze Gesetzgebungswerk scheitern lassen zu wollen, denn bisher hat er es noch nicht zur endgültigen Beschlußfassung an die Bürgerschaft weitergegeben.

Das Gesetz zerfällt in zwei Hälften: Die Bestimmungen über die Ablösung und über die Höferrolle. Wir legen dar, daß heute noch bestehen: das Obereigentum in seinen verschiedenen Formen (Erbpacht, Meierrecht), Teilungs- (und Zusammenlegungs-) verbote und die Zahlung der Reallasten (Kanon, Landemium usw.). Alle diese Rechte, Beschränkungen und Abgaben sollen gegen Entschädigung aufgehoben werden können und zwar nur auf Antrag des Erbpächters und sonstigen Nutzungsberechtigten. Also nur der Landwirt kann die Ablösung verlangen, der Staat oder die Gutsherrschaft kann ihn nicht dazu zwingen. Doch müssen alle auf einem Grundstück liegenden Lasten gleichzeitig abgelöst werden, es kann nicht etwa nur das Obereigentum aufgehoben, die Zahlung des Kanons aber beibehalten werden. Natürlich sind öffentliche Lasten wie

Beiträge für Schule und Kirche nicht ablösbar. So z. B. nicht die „Kontribution“, die die Bewohner der Kapellendörfer heute noch an Stelle der Einkommensteuer zahlen.

Für die Ablösung jeder einzelnen Last des Obereigentums, der Teilungsbeschränkungen und der verschiedenen Reallasten soll nun eine besondere Entschädigung seitens des zur Zahlung Verpflichteten (des Bauern) an den zum Empfang Berechtigten (den Staat usw.) gezahlt werden. Um deren Höhe dreht sich nun noch der Streit. Die Landwirte möchten am liebsten gar nichts zahlen, der Senat möglichst viel herauschlagen; eine vermittelnde Stellung nimmt der Bürgerausschuß ein. Im Anschluß daran entwickelte sich unter den Agrariern ein Froschmäulerkrieg. Die Landwirtschaftskammer, d. h. der diplomatisch geschulte Lauestein, stellte sich auf Seiten des Bürgerausschusses, gegen ihn machen der Draufgänger und Draufredner Henk und seine Getreuen von der schärferen Richtung mobil. Diese Spannung zwischen den feindlichen Brüdern explodierte dann in Eingekandts auf den Efelswiesen der bürgerlichen Presse.

Vor allem fordern die Landwirte unentgeltliche Aufhebung des Obereigentums und fühlen sich, wie schon erwähnt, dabei als Volkshelden der Revolution von 1848. Sa, wenn's um den Geldbeutel geht, wird ein Landblinder Barrikadenkämpfer. Wer lacht da nicht? Die Herren vergessen auch, daß es sich damals um politisch und wirtschaftlich geknechtete Bauern handelte, während sie sich jetzt zu, durch Getreide- und Viehzölle vollgepropften Agrariern entwickelt haben. Mit ihren politischen Freiheitsstöhnen sollen sie uns vom Leibe bleiben! Zweifelhaft könnte man sein, ob man den höheren Forderungen des Senats oder den gemäßigten des Bürgerausschusses zustimmen soll. Ersterer fordert bei Erbpachtrecht ein Zwölftel, bei Meierrecht ein Fünftel des Wertes bezw. vom Dreifachfachen des landwirtschaftlichen Reinertrages. Dieser will im ersten Fall 18 Mk., im zweiten 9 Mk. pro Hektar haben, also bei einer Durchschnittsgröße der Hufe von 50 Hektar 900 bzw. 450 Mk. Der Senat beziffert den Mehrertrag, den der Staat haben würde, wenn man seinem Vorschlag folgte, auf gut 320 000 Mk.

Die jährlich (in regelmäßig wiederkehrenden Zeiträumen) zu zahlenden Reallasten, also die Erbpachtzinsen, Grundhauer, sollen kapitalisiert werden, also durch eine einmal zu zahlende Summe ersetzt werden, die so viel beträgt, daß ihre Zinsen der bisher zu zahlenden Abgabe gleichkommt. Hier wird ein Unterschied gemacht zwischen Grundstücken im Stadt- und Landgebiet. Für erstere soll das 33 1/3 fache, für letztere das 25 fache gezahlt werden. Wir sprachen bisher immer von landwirtschaftlichen Verhältnissen, für welche diese Lasten auch hauptsächlich von wirtschaftlicher Bedeutung sind. Es gibt aber auch in den Vorstädten noch 1116 Grundhauern, wo die ersten Erwerber nicht den Kaufpreis auszahlten, sondern statt dessen sich zur Zahlung einer jährlichen Rente verpflichteten. Auch in der inneren Stadt existieren noch 119 solche Renten. Hier besteht nun die Differenz zwischen Senat und Bürgerausschuß darin, ob das neue Eingemeindungsgebiet dem Stadt- oder Landgebiet zugerechnet werden soll. Wir halten die höhere Forderung des Senats für die neuen Stadtteile für berechtigt, werden doch die Grundstücke hier vielfach ebenso wertvolles Bauland bilden wie in den Vorstädten.

Da bisher landwirtschaftlich genutzte Grundstücke bei der Verwandlung in Bau- und Industrieterrain im Werte gewaltig steigen, sind für den Fall der Parzellierung oder Abtrennung Teilungsgeldern vorgesehen. Daß von diesem unverdienten Wertzuwachs des befreiten Besitzes der Staat, und dieser ist ja meistens der Vorbesitzer, einen erheblichen Anteil einheimst, liegt sicherlich im Interesse der Allgemeinheit. Diese Entschädigung für die Teilungserlaubnis soll betragen 20 Proz. des Wertes (nach dem Senatsantrag 25 Proz.), wenn vorher das Grundstück in Erbpacht vergeben war, 5 Proz. bei den ehemaligen Bauern des St.-Johannis-Klosters, des Heiligen-Geist-Hospitals und einigen Moislinger Grundstücken, 8 Proz. in allen übrigen Fällen. Befreiung von der Zahlung tritt ein, wenn die Abtrennung zu öffentlichen gemeinnützigen Zwecken erfolgt. Hierunter soll besonders auch die Errichtung von Kleinwohnungen durch gemeinnützige Gesellschaften und Genossenschaften verstanden werden. Die dadurch ermöglichte Verbilligung von Arbeiterwohnungen ist freudig zu begrüßen.

Ebenso soll die Abtrennung ohne Entschädigung erfolgen, wenn das Terrain im Landgebiet oder in eingemeindeten Stadtteilen liegt und weiter landwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzt wird — das ist natürlich und mit Recht vorgesehen, um die Verpflegung des Streubezuges der Bauern durchführen zu können.

Die Ablösungssummen brauchen nicht bar ausgezahlt zu werden, sondern können auch in eine halbjährlich zu zahlende Rentenschuld umgewandelt werden. Diese

Juni

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 125.

Dienstag, den 2. Juni 1914.

21. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Zum Titelschacher.

Der preussische Kultusminister erklärte im Landtag: daß in Preußen der Professortitel nicht käuflich ist, in welcher Form auch immer, versteht sich von selbst. Solche Behauptungen sind reichlich unvorsichtig. Das bestätigt jetzt auch die „Vossische Zeitung“, die in einem Leitartikel den Titelhandel erörtert. Das Blatt führt dem preussischen Kultusminister zu Gemüte, daß der Titelkauf sich nicht wie irgend ein anderer Warenhandel vollzieht:

„Aber daß Personen von geringer Bedeutung, wenn sie für bestimmte, von hervorragenden Stellen begünstigte Zwecke erhebliche Summen kaufteten und durch ihre fürsorglichen Vermittler über Vorder- oder Hintertreppen bereite Rücksprache in bestimmten Amtsstuben bezubringen vermöchten, daß sie bisweilen eher den ersehnten Titel erlangten, als weit bedeutendere Anwärter, die nicht zahlen wollten oder konnten; davon hätte der heutige Kultusminister wenigstens bei Lebzeiten Althoffs einiges erfahren können. Und Althoff, der geniale Zyniker, hatte über moralisierende Bedenken die Achsel gezuckt. Er hat selbst so viel Geld für gemeinnützige Unternehmungen aufbringen müssen, daß der Zweck vielleicht gelegentlich das Mittel heiligte. Und dann, es hat auch Prozesse wie wider Manché oder die Pommerbank gegeben, wo man erfahren konnte, daß Titel und Orden zwar gewiß nicht käuflich, aber sonst einwandfrei scheinenden Leuten bei entsprechend hohen Spenden für kirchliche oder weltliche Gründungen und bei entsprechend hoher Empfehlung leicht erreichbar waren.“

Die „Vossische Zeitung“ ist der Auffassung, daß der unwissende Kultusminister auch vom Staatsanwalt, dem er Liebknechts Enthüllungen übergeben, nichts erfahren werde, sie schlägt vor „eine parlamentarische Untersuchung über Ursprung, Umfang und Unterlagen der staatlichen Auszeichnungen zu veranstalten. Aber mit Eidespflicht für die vorgeladenen Zeugen“. Möglich, daß ihm damit der Staat gestochen würde. An eingeweihten Leuten fehlt's ja nicht. Der Korrespondenz „Information“ wird beispielsweise aus ärztlichen Kreisen geschrieben:

„Schon vor dem Bekanntwerden der Liebknechtschen Enthüllungen haben die Berliner Ärztevereine Gelegenheit genommen, die Frage der ärztlichen Titelverleihung mehrfach zu erörtern. Es ist in Berliner Ärztekreisen ein offenes Geheimnis, daß sich in der letzten Zeit die Fälle auffallend gemehrt haben, in denen Ärzte, deren wissenschaftliche Bedeutung dies kaum rechtfertigen würde, den Titel eines Professors erhalten haben. Hält man demgegenüber die ungemessene Wertschätzung des Professortitels in früheren Zeiten, die in seiner seltenen Verleihung ihren Ausdruck fand, fest, so ist leicht einzusehen, daß der Professortitel heute nicht mehr den Wert und die Bedeutung von ehemals besitzen kann. In allen beteiligten Kreisen ist man sich darüber einig, daß der Abgeordnete Liebknecht offene Türen einrennt, wenn er der staunenden Welt enthüllen will, was sie schon längst weiß. (Nur der preussische Kultusminister weiß nichts!) Man mag sich darüber entzweit stellen oder nicht, die Tatsache bleibt bestehen, daß Ärzte ebenso wie andere Personen Titel und Ehrenzeichen käuflich erwerben können und auch schon erworben haben.“

Die Ärztevereine, die in dem Titelschacher eine Minderung der Ständesinteressen erblicken, sind sich schlüssig geworden, daß Remedur eintreten müsse.“

Die „Köln. Volkszeitung“, dem führenden rheinischen Zentrumsblatt schreibt ein „alter Leier“ des Blattes:

„Die Enthüllungen des Abg. Dr. Liebknecht bringen durchaus nichts Neues; der von ihm veröffentlichte Tarif ist jedoch außerordentlich übertrieben. Es ist ja zuzugeben, daß Titel und Orden in den letzten Jahren auch teuer geworden sind, auf den Titeln ruht außerdem noch eine preussische Stempelabgabe, allein solche Preise, wie sie in dem Tarif enthalten sind, werden so leicht nicht bezahlt.“

Nun gibt es allerdings verschiedene Arten von Leuten, die sich mit diesem Geschäft befassen.

1. Gewerbsmäßige Vermittler, die ihre Dienste durch Inserate in Zeitungen anbieten, auf welche sich dann die Reflektanten melden, um etwa folgende Antwort zu erhalten:

Antwortlich Ihrer gest. Meldung teile ich Ihnen höflichst mit, daß ich in der betreffenden Angelegenheit nur dann mit Ihnen in Verbindung treten kann, sofern Sie mir zunächst auf Ehrenwort strengste Diskretion zusichern und erklären, daß Sie diese Sache als eine rein persönliche und private behandeln werden.

Vor- und Zuname des Bewerbers
Geburtsort und Datum
Staatsangehörigkeit
Genauere Angabe der Firma und etwaiger Teilhaber

Seit wann besteht die Firma und wie lange ist der Bewerber Inhaber?

Erst nach Erhalt Ihrer Information und Prüfung derselben läßt sich feststellen, ob Sie die erforderliche Qualifikation besitzen und als ernsthafter Bewerber in Frage kommen, so daß eine persönliche Rücksprache zweckmäßig erscheint.

In diesem Falle gebe ich Ihnen sofort meinen Namen und Adresse an. Die Durchführung der Angelegenheit erfordert ca. 3–6 Tausend Mark nur für den Fall des Erfolges.

Prima Referenzen über korrekt und schnell durchgeführte Angelegenheiten werde ich Ihnen bei unserer Rücksprache vorlegen. Antwort erbitte ich unter:

Postlagerkarte 456 Berlin W. 81.

Man sieht, daß hier sehr mäßige Ansprüche gestellt werden.

2. Gelegenheitsvermittler, die ihre tatsächlich bestehenden hohen Beziehungen zur Besserung ihrer finanziellen Lage benutzen, wie es kürzlich von einem General v. L. behauptet wurde. Derartige Persönlichkeiten werden jedoch in informierten Kreisen als Vermittler viel benutzt; so z. B. verwertete ein auch in Sportkreisen sehr bekannter Geheimkommerzienrat seine hohen Beziehungen in der Weise, daß er die Beträge, um die er seine Freunde angestrichelt hatte, durch Besorgung von Orden und Titeln beglich, jedenfalls eine bequeme Manier, seine Schulden los zu werden.

Es gibt aber auch:

3. sog. selbstlose Vermittler, die den Titel- und Ordensgierigen solche Auszeichnungen verschaffen, nicht um des eigenen Gewinnes halber, sondern um dafür Geldspenden für wohltätige und öffentliche Zwecke zu veranlassen. In dieser Hinsicht soll sich jahrelang ein früherer hoher Hofbeamter und auch ein vor mehreren Jahren verstorbener Ministerialbeamter ausgezeichnet haben.

Jedenfalls ist diese dritte Kategorie anders zu beurteilen, als die erste und zweite, die den Titel- und Ordensschacher nur zum eigenen Gewinn oder zum Abtrag ihrer Schulden betreiben.

Daß ein sehr großer Teil der Ordens- und Titelverleihungen mit irgend welchen geldlichen Leistungen zusammenhängt, ist wohl längst kein Geheimnis mehr. Deshalb gibt es auch viele Leute, die, wenn die Anfrage von zuständiger Seite an sie ergeht, ob ihnen eine Auszeichnung erwünscht sei, ablehnend antworten, weil ihnen zu genau bekannt ist, auf welche anrüchliche Weise derartige Dinge vielfach erworben werden.“

Das Lübecker Ablösungsgesetz.

III. Die Gesegentwürfe.

Dem jahrelangen, unausgesetzten Drängen der Landwirte auf Ablösung aller auf ihrem Besitz ruhenden Lasten und Beschränkungen gab der Senat endlich nach und brachte den Entwurf eines Ablösungsgesetzes im Mai 1912 an den Bürgerausschuß. Die von diesem eingesetzte Kommission gab ihm eine ganz neue Gestalt und setzte vor allem die von den Landwirten als Abfindung zu zahlenden Summen beträchtlich herab. Der Bürgerausschuß schloß sich seiner Kommission im März ds. Js. an, doch der Senat scheint die höheren Summen für die Staatskasse retten und lieber das ganze Gesetzgebungsmerk scheitern lassen zu wollen, denn bisher hat er es noch nicht zur endgültigen Beschlußfassung an die Bürgerschaft weitergegeben.

Das Gesetz zerfällt in zwei Hälften: Die Bestimmungen über die Ablösung und über die Höferolle. Wir legen dar, daß heute noch bestehen: das Ober-eigentum in seinen verschiedenen Formen (Erbpacht, Meierrecht), Teilungs- (und Zusammenlegungs-) verbote und die Zahlung der Reallasten (Kanon, Laudemium usw.). Alle diese Rechte, Beschränkungen und Abgaben sollen gegen Entschädigung aufgehoben werden können und zwar nur auf Antrag des Erbpächters und sonstigen Nutzungsberechtigten. Also nur der Landwirt kann die Ablösung verlangen, der Staat oder die Guts herrschaft kann ihn nicht dazu zwingen. Doch müssen alle auf einem Grundstück liegenden Lasten gleichzeitig abgelöst werden, es kann nicht etwa nur das Ober-eigentum aufgehoben, die Zahlung des Kanons aber beibehalten werden. Natürlich sind öffentliche Lasten wie

Beiträge für Schule und Kirche nicht ablösbar. So z. B. nicht die „Kontribution“, die die Bewohner der Kapittelsdörfer heute noch an Stelle der Einkommensteuer zahlen.

Für die Ablösung jeder einzelnen Last des Obergeneigenschafts, der Teilungsbeschränkungen und der verschiedenen Reallasten soll nun eine besondere Entschädigung seitens des zur Zahlung Verpflichteten (des Bauern) an den zum Empfang Berechtigten (den Staat usw.) gezahlt werden. Um deren Höhe dreht sich nun noch der Streit. Die Landwirte möchten am liebsten gar nichts zahlen, der Senat möglichst viel herauschlagen; eine vermittelnde Stellung nimmt der Bürgerausschuß ein. Im Anschluß daran entwickelte sich unter den Agrariern ein Froschmäuschkrieg. Die Landwirtschaftskammer, d. h. der diplomatisch geschulte Laue ist ein, stellte sich auf Seiten des Bürgerausschusses, gegen ihn machen der Draufgänger und Draufredner Henck und seine Getreuen von der schärferen Richtung mobil. Diese Spannung zwischen den feindlichen Brüdern explodierte dann in Eingekandts auf den Eselswiesen der bürgerlichen Presse.

Vor allem fordern die Landwirte unentgeltliche Aufhebung des Obergeneigenschafts und fühlen sich, wie schon erwähnt, dabei als Vollstrecker der Revolution von 1848. Ja, wenn's um den Geldbeutel geht, wird ein Landblinder Barrikadenkämpfer. Wer lacht da nicht? Die Herren vergessen auch, daß es sich damals um politisch und wirtschaftlich geknechtete Bauern handelte, während sie sich jetzt zu, durch Getreide- und Viehzölle vollgepfropften Agrariern entwickelt haben. Mit ihren politischen Freiheitsstößen sollen sie uns vom Leibe bleiben! Zweifelhaft könnte man sein, ob man den höheren Forderungen des Senats oder den gemäßigten des Bürgerausschusses zustimmen soll. Ersterer fordert bei Erbpachtrecht ein Zwölftel, bei Meierrecht ein Fünftel vom Werte bezw. vom Dreifachfachen des landwirtschaftlichen Reinertrages. Dieser will im ersten Fall 18 Mk., im zweiten 9 Mk. pro Hektar haben, also bei einer Durchschnittsgröße der Hufe von 50 Hektar 900 bzw. 450 Mk. Der Senat bezieht den Mehrertrag, den der Staat haben würde, wenn man seinem Vorschlag folgte, auf gut 320 000 Mk.

Die jährlich (in regelmäßig wiederkehrenden Zeiträumen) zu zahlenden Reallasten, also die Erbpachtzinsen, Grundhauer, sollen kapitalisiert werden, also durch eine einmal zu zahlende Summe ersetzt werden, die so viel beträgt, daß ihre Zinsen der bisher zu zahlenden Abgabe gleichkommt. Hier wird ein Unterschied gemacht zwischen Grundstücken im Stadt- und Landgebiet. Für erstere soll das 33 1/3 fache, für letztere das 25 fache gezahlt werden. Wir sprachen bisher immer von landwirtschaftlichen Verhältnissen, für welche diese Lasten auch hauptsächlich von wirtschaftlicher Bedeutung sind. Es gibt aber auch in den Vorstädten noch 1116 Grundhauern, wo die ersten Erwerber nicht den Kaufpreis auszahlten, sondern statt dessen sich zur Zahlung einer jährlichen Rente verpflichteten. Auch in der inneren Stadt existieren noch 119 solche Renten. Hier besteht nun die Differenz zwischen Senat und Bürgerausschuß darin, ob das neue Eingemeindungsgebiet dem Stadt- oder Landgebiet zugerechnet werden soll. Wir halten die höhere Forderung des Senats für die neuen Stadtteile für berechtigt, werden doch die Grundstücke hier vielfach ebenso wertvolles Bauland bilden wie in den Vorstädten.

Da bisher landwirtschaftlich genutzte Grundstücke bei der Verwandlung in Bau- und Industrieterrain im Werte gewaltig steigen, sind für den Fall der Parzellierung oder Abtrennung Teilungsgeldern vorgezogen. Daß von diesem unverdienten Wertzuwachs des befreiten Besitzes der Staat, und dieser ist ja meistens der Vorbesitzer, einen erheblichen Anteil einheimst, liegt sicherlich im Interesse der Allgemeinheit. Diese Entschädigung für die Teilungs- und Abfindung soll betragen 20 Proz. des Wertes (nach dem Senatsantrag 25 Proz.), wenn vorher das Grundstück in Erbpacht vergeben war, 5 Proz. bei den ehemaligen Bauern des St.-Johannis-Klosters, des Heiligen-Geist-Hospitals und einigen Moislinger Grundstücken, 8 Proz. in allen übrigen Fällen. Befreiung von der Zahlung tritt ein, wenn die Abtrennung zu öffentlichen gemeinnützigen Zwecken erfolgt. Hierunter soll besonders auch die Errichtung von Kleinwohnungen durch gemeinnützige Gesellschaften und Genossenschaften verstanden werden. Die dadurch ermöglichte Verbilligung von Arbeiterwohnungen ist freudig zu begrüßen.

Ebenso soll die Abtrennung ohne Entschädigung erfolgen, wenn das Terrain im Landgebiet oder in eingemeindeten Stadtteilen liegt und weiter landwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzt wird — das ist natürlich und mit Recht vorgezogen, um die Verkopelung des Streubestandes der Bauern durchführen zu können.

Die Ablösungssummen brauchen nicht bar ausgezahlt zu werden, sondern können auch in eine halbjährlich zu zahlende Rentenschuld umgewandelt werden. Diese

Vorschrift ermöglicht es auch kapitalarmen Landwirten, abzulösen, gegebenenfalls mit Hilfe einer Rentenbank.

Die Bedingungen der Ablösung im einzelnen Falle legt die Ablösungskommission fest. Sie soll bestehen aus einem Richter, einem höheren Verwaltungsbeamten, zwei von der Landwirtschaftskammer zu wählenden Landeuten oder Gärtnern und einer vom Bürgerausschuß zu wählenden Person. Gegen ihre Entscheidungen können nicht die ordentlichen Gerichte, sondern nur die Ablösungskommission zweiter Instanz angerufen werden. Ihr sollen ein Senatsmitglied, zwei Richter, je einen von der Landwirtschaftskammer und dem Bürgerausschuß zu wählenden Bürger angehören. Die Juristen sind für die erste Zeit, wo vielfach über die Art des Eigentums entschieden werden muß, wohl nicht ganz zu entbehren, später wären sie unserer Meinung nach also oder teilweise durch Sachverständige zu ersetzen.

Die Ablösungskommission hat auch zu bestimmen, ob ein Grundstück in die Hypothek eingetragen werden soll oder nicht. Die Hypothek hebt die freie Teilbarkeit des landwirtschaftlichen Besitzes auf. Die Entscheidung, ob in Zukunft Teile von einem Grundstück abgetrennt oder ihm zugelegt werden dürfen, wird in die Hand des Stadt- und Landrates gelegt, das vorher die Gemeindevorsteher und die Landwirtschaftskammer zu hören hat. Gegen seinen Bescheid können aber — und das ist der wichtige Vorteil gegen den jetzigen Zustand — noch nachträglich die Ablösungskommission erster und zweiter Instanz angerufen werden. Als maßgebend für alle Entscheidungen soll der Grundbesitz gelten, daß die ländliche Besitzverteilung in ihrem heutigen Zustande nicht verändert werden soll. Deshalb darf nur höchstens ein Drittel von der Landfläche, wie sie vor der Ablösung war, abgetrennt werden und nur so viel zugelegt werden, daß sie nicht größer als eine Volkshufe (ungefähr 50 Hektar) wird. Dadurch soll verhindert werden, daß ein Großgrundbesitzer oder Kapitalist die Bauernstellen auskauft und etwa zu einem Jagdgut zusammenlegt. Es kann aber auch — und das halten wir für eine Gefahr — die technische Fortentwicklung zum landwirtschaftlichen Großbetrieb, der für manche Arten des Anbaus, z. B. Getreide, wirtschaftlich vorteilhaft ist, unterbunden werden. So könnte die Bewirtschaftung durch eine Genossenschaft, wie die Hamburger Produktion in Schwanheide es schon hat, verhindert werden. Die Erlaubnis zur Teilung muß zur Zusammenlegung kann erteilt werden, wenn diese Besitzveränderungen öffentlichen, gemeinnützigen, industriellen Zwecken und der Errichtung von Kleinwohnungen dient.

Alle diese eben aufgezählten Einschränkungen zeigen deutlich, daß die beabsichtigte Reform der Ländlichen Agrarverfassung auch von weittragender Bedeutung für die Arbeiterfrage ist. Ihr Wohnungs- und Arbeitsinteresse wird betroffen, und vor allem auch ihr Bestreben, die Produktion von Fleisch, Milch und anderen landwirtschaftlichen Produkten selbst in die Hand zu nehmen. Das Ablösungsgesetz wird also in seinen Grundzügen annehmbar sein. Die Ländliche Arbeiterfrage muß nun durch Stärkung ihrer politischen und genossenschaftlichen Organisation Einfluß auf die Verteilung des ländlichen Grundbesitzes und seine Bewirtschaftung zu erringen suchen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Nähe an die Konservativen.

Der „Deutsche Kurier“ nimmt Stellung zu der von den Konservativen eingeleiteten Sammlungspolitik. Er führt aus:

„Das Bürgertum wird auch weiterhin seine Pflicht tun, aber solange man ihm nicht sein Recht gewährt und die Gleichberechtigung zubilligt, mögen die Großgrundbesitzer aus dem preussischen Herrenhaus und ihre Gesinnungsgenossen im Abgeordnetenhaus uns mit ihrem Sammlungsruf verschonen, der nichts weiter ist als Hohn oder Heulelei. Gerade gegen die Nationalliberale Partei und ihren Führer Bassermann hat ja auch wieder Herr v. Puttkamer im Herrenhaus eine Attacke geritten, und doch soll sie es sein, die man mit den Reden der Sammlungspolitik jagen will. Wir bedanken uns dafür, der Reaktion, wie sie in diesen Tagen wieder ohne Maske sich gezeigt hat, die Steigbügel zu halten und die konservative Partei vor dem Versinken retten zu helfen. Jede liberale Forderung weist man höhnisch zurück, dann mag man die Folgen dieser Politik selbst tragen. Die erste Präsidentenstelle im Reichstag, die man der Nationalliberalen Partei als Vorkittel vorhält — Dr. Arendt im „Tag“ und die „Köln. Volksztg.“ finden sich hier einträglich zusammen —, reizt uns nicht und wird uns nicht in einen Konflikt zwingen, bei dem die Reaktion triumphieren und der Liberalismus die Zehne bezahlen würde. Das mögen sich die Agrarkonservativen nun endlich einmal merken!“

Das hört sich gut an, wenn nur die Partei, um die es sich hier handelt, eben nicht die nationalliberale wäre, deren ganze Parteigeschichte eine Kette von Umfällen bildet. Für die jetzt befandene Festigkeit mag ein gewisser Umstand nicht ohne Einfluß gewesen sein. Konservativen und Zentrum sehen nämlich alle Hebel in Bewegung, um eine Kassierung des Mandats des Herrn Bassermann herbeizuführen. Tatsächlich ist das Mandat vom Reichstag beantragt, es sind auch bereits Erhebungen im Gange, deren Resultat vorliegen wird, wenn der Reichstag wieder zusammentritt. Das Mandat Bassermanns ist bei einer Nachwahl in der Tat gefährdet und deshalb wäre es politisch sehr unklug von den Nationalliberalen, wenn sie jetzt schon bereit wären, den Konservativen und dem Zentrum Schleppenträgerdienste zu leisten.

Nationalliberale Schmerzen.

Der nationalliberale Landtagsabgeordnete Fuhrmann bedauert geradezu die Wahl des Abg. Nachhorst de Wente im Wahlkreis Osterburg-Stendal. In seiner nationalliberalen Korrespondenz schreibt er nämlich:

Eine Wahl, bei der freisinnige Abgeordnete, wie die Herren Kopisch und namentlich Rossmann, für den nationalliberalen Kandidaten mit einer Stimme eintraten, als handle es sich um den Angehörigen der eige-

nen Partei, eine Wahl, bei der die Sozialdemokratie ihre Wähler reiflos für den nationalliberalen Kandidaten zu gewinnen sucht durch den Hinweis: „Nachhorst de Wente hat in seinen Wahlversprechungen hinsichtlich unserer Stichwahlbedingungen Erklärungen abgegeben, deren Inhalt uns genügt“, eine Wahl, bei der der sozialdemokratische Organisationsapparat in so ostentativer Weise für den fremden Kandidaten in Funktion tritt, und bei der der sozialdemokratische Parteibeamte in den liberalen Versammlungen und bei der nationalliberalen Siegesfeier rednerisch auftritt, eine solche Wahl läßt bei uns keine reine Freude aufkommen.“

Den Schmerz des Herrn Fuhrmann kann man verstehen, war er doch von 1907 bis 1912 Vertreter dieses Kreises im Reichstag. Im Jahre 1912 kandidierte er wieder, kam auch mit dem Konservativen in die Stichwahl, lehnte es nun aber in brüster Form ab, sich auf die sozialdemokratischen Stichwahlbedingungen zu verpflichten. Er bildete sich ein, daß die Sozialdemokraten ihn auch so unterstützen müßten. Darin hatte er sich verrechnet und fiel durch. Bei der Nachwahl kam seine Kandidatur gar nicht mehr in Frage, weil seine Wieder-ausstellung von vornherein den Sieg des Konservativen gewährleistet hätte. Daß nun ein anderer Nationalliberaler das Mandat wieder erhielt, schmerzt diesen Erzreaktionär derart, daß er den Erfolg der Partei bedauert, die ihm gestattet, sich noch immer zu ihr zu rechnen.

Das offizielle Organ der Nationalliberalen, der „Deutsche Kurier“, befaßt sich in einem langen Artikel mit dem Erguß des Herrn Fuhrmann und kommt dabei zu folgendem Schluß:

„Freilich in einem hat sie recht: es ist eine Anzahl früherer nationalliberaler Wähler ins konservative Lager abgewandert, aber nicht der „nationalen“ Zuverlässigkeit der Konservativen wegen, sondern weil der frühere nationalliberale Inhaber des Stendaler Mandats und jegliche Herausgeber der „National. Reichsfor.“ den Wahlkreis organisatorisch völlig vernachlässigt hat, so daß die Wähler nicht aufgeklärt wurden über das, was in der politischen Welt sich ereignete. Gerade frühere Anhänger Fuhrmanns haben während des Wahlkampfes ihrer tiefen Erbitterung über diese Vernachlässigung wiederholt Ausdruck verliehen. Aus ihr erklärt sich wohl auch die Zuneigung, die der konservative Kandidat Hoelsch für Herrn Fuhrmann hegt, denn er hat in verschiedenen Versammlungen ausgesprochen, daß er alles tun werde, um seinem früheren Gegner wieder in den Reichstag zu verhelfen; ob er das freilich auch gesagt hätte, wenn Fuhrmann noch sein Gegenkandidat geblieben wäre, ist eine andere Frage.“

Die Agrarier und der Parlamentarismus.

Der „Deutschen Tageszeitung“ paßt die Rechtsauffassung, die der preussische Justizminister über die Immunität der Reichstagsabgeordneten hat, garnicht in den Kram. Den agrarischen Junkern ist der Parlamentarismus an und für sich ein Dorn im Auge, und es nimmt daher nicht Wunder, daß der Lohnschreiber der Landwirtschändler in der „Deutschen Tageszeitung“ sich für eine Einschränkung der Immunität der Abgeordneten ins Zeug legt. Gegenüber der Ansicht des preussischen Justizministers, daß das Sichenbleiben der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten bei dem Kaiserhoch zweifellos unter den Begriff der parlamentarischen Tätigkeit falle, fordert die „Deutsche Tageszeitung“, daß selbst für die Reden der Abgeordneten die unbedingte Straffreiheit ausgeschlossen werde. Sie schreibt:

„Es muß jedoch auch mehr als zweifelhaft sein, ob jedes gesprochene Wort im Parlament straflos sein soll. Wäre das der Fall, so würde beispielsweise ein Abgeordneter, der vertrauliche Mitteilungen über die Landesverteidigung, die in der Kommission gemacht worden sind, brüchig im Plenum wiedergibt und dadurch völlig zweifellos Hochverrat begeht, dafür den Schutz der Immunität genießen. Das kann doch wohl der Sinn des Artikels 30 nicht sein; vielmehr müssen die Worte „in Ausübung“ des parlamentarischen Berufes einen einschränkenden Sinn haben.“

Es ist zuzugeben, daß die Grenze nicht leicht zu ziehen sein wird. Sollte aber die Auffassung erst allgemein anerkannt werden, daß jede beliebige Äußerung oder Handlung im Reichstagssaal straflos sei, dann könnten wir leicht zu Zuständen kommen, die mit dem Staatswohl völlig unvereinbar wären! Die gestrige Erklärung des Herrn Justizministers kann also das Bedürfnis nur verstärken, die Tragweite der parlamentarischen Immunität zweifelsfrei klar zu stellen.“

Daß diese „Klarstellung“ natürlich auf eine Einschränkung der Immunität hinauslaufen soll, ist selbstverständlich, das geht insbesondere auch aus dem Schlußsatz der „Deutschen Tageszeitung“ hervor, in dem das „schwerste Bedenken“ gegenüber der Erklärung des Justizministers ausgesprochen wird. Der Schutz der Monarchie und des monarchischen Gedankens dient der „Deutschen Tageszeitung“ natürlich nur als Deckmantel. Für das agrarische Blatt handelt es sich darum, dem Parlamentarismus eine seiner wichtigsten Grundlagen zu entziehen und ihn damit noch fragwürdiger zu machen, als er heute schon ist. Praktische Folgen wird freilich der Angriff der Agrarier auf den Parlamentarismus zunächst nicht haben, aber es ist notwendig, daß immer wieder mit Nachdruck darauf hingewiesen wird, wo die Feinde einer Volksvertretung, die auf diesen Namen Anspruch hat, sitzen.

Die Stärke der Reichstagsparteien.

Nach der Wahlniederlage in Osterburg-Stendal haben die Konservativen, die zu Beginn der Legislaturperiode mit 45 Mitgliedern in den Reichstag zogen, jetzt 43 Abgeordnete. Da die Reichspartei auf 11 Mitglieder zusammengeschrunken ist, verfügen die Konservativen nur über 54 Mitglieder. Das Zentrum hat 91 Abgeordnete. Dazu kommen die Elßaß-Lothringer mit 9 Stimmen. Ferner die rechtsgerichteten kleineren Gruppen der Reformer, der Wirtschaftlichen Vereinigung und die Wilden (zusammen 16), der Bessenen mit 5, während die Polen, die keineswegs immer mit dem Zentrum gehen, 18 Abgeordnete stellen. Die linke Seite zählt jetzt 200 Abgeordnete, nämlich 111 Sozialdemokraten, 44 Fortschrittler und 45 Nationalliberale. Da die Zahl der Reichstagsabgeordneten insgesamt 397 beträgt, be-

steht die Linke für sich allein die absolute Mehrheit. Für bestimmte Fragen kommen jedoch sehr oft die Polen und ein Teil der „Wilden“ als Verstärkung der Linken in Betracht.

Keine Abschaffung der Fahrkartensteuer.

In den Parlamenten verschiedener Bundesstaaten wurden in letzter Zeit mehrfach Mitteilungen gemacht, nach welchen die Regierungsvertreter dieser Staaten im Bundesrat für Aufhebung der Fahrkartensteuer eintreten wollten. Eine parlamentarische Korrespondenz meldet nun, daß Preußen die Fahrkartensteuer nicht aufgeben werde. Es sei zwar zuzugeben, daß die gesamten deutschen Bahnen in der Fahrkartensteuer eine schwere Belastung sehen; das Reich könne aber die Steuer nicht entbehren. An eine Änderung oder Aufhebung der Fahrkartensteuer sei daher nicht zu denken.

Schutz der Seeschifffahrt.

Zur Ausführung des in London abgeschlossenen internationalen Vertrages zum Schutze des menschlichen Lebens auf See haben in voriger Woche im Reichsamt des Innern kommissarische Beratungen mit Regierungsvertretern der an der Seeschifffahrt beteiligten Bundesstaaten und Delegierten aus den beteiligten Kreisen stattgefunden. Es ist für Deutschland der Erlaß eines Reichsgesetzes zur Ausführung des Vertrages erforderlich, in dem u. a. auch diejenige Instanz festgelegt werden muß, in deren Hände die Ausführung des Vertrages und die Kontrolle über die Anwendung seiner Vorschriften gelegt werden soll. Diese Reichstagsvorlage muß im Laufe der nächsten Tagung verabschiedet werden, da der Vertrag für alle beteiligten Staaten mit dem 1. Juli 1915 in Kraft tritt.

Massen-Manöver.

Im kommenden Herbst werden Manöver von einem bis jetzt noch nie dagewesenen Umfang abgehalten werden. Nicht weniger als acht Armeekorps werden gegeneinander manövrieren. Der Reichstag hat zwar die Mittel für Truppenübungen erhöht, für Übungen von solchem Umfange dürften sie freilich nicht ausreichen. Die Truppen werden von den Armeekorps-Inspektoren, denen je zwei Armeekorps unterstehen, kommandiert. Die Führung der beiden sächsischen Korps ist dem früheren Kriegsminister v. Heeringen übertragen worden. Die Übungen sind streng kriegsgemäß gedacht, sie sollen insbesondere der Infanterie Gelegenheit bieten, ihre Leistungsfähigkeit zu beweisen.

Einen Rückgang der Sozialdemokratie.

macht sich die „Nordd. Allg. Ztg.“ in ihrem Wochenrückblick vom Pfingstsonntag zu. Sie stützt sich dabei auf den Geschäftsbericht der sozialdemokratischen Parteiorganisation im Agitationsbezirk Niederhessen. Der Bericht hat klargestellt, daß durch die herrschende Krisis in der Industrie die Bewegung nicht die Fortschritte gemacht hat, die erwünscht gewesen wären. Über diese Ursache geht das Organ des Reichskanzlers glatt hinweg, sonst würde ja auch seine Konstruktion von einem Rückgang ins Wasser fallen. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bringt aber noch einen weiteren Beweis von dem Rückgang der Sozialdemokratie, indem sie berichtet, daß in der Kreisversammlung für den Wahlkreis Solingen, in der Abg. Scheidemann als Redner auftrat, nur 300 Genossen erschienen seien. Das könnte schließlich auch das Kanzlerblatt wissen, daß diese Kreisversammlung keine Volksversammlung, sondern eine Versammlung von Delegierten der einzelnen Orte gewesen ist. Eine Delegiertenversammlung, an der 300 Genossen beteiligt sind, ist aber ein Beweis von der Stärke der Organisation im Wahlkreis. Man wird es der „Nordd. Allg. Ztg.“ nicht übel nehmen können, daß sie Freude über den Rückgang der Sozialdemokratie empfindet, die Hauptsache für uns ist aber, daß dieser Rückgang eben nur in der Phantasie des offiziellen Blattes existiert.

Schwarzkopff gestorben.

Auf einem Jagdausflug ist am Sonnabend früh der Oberpräsident von Posen, der ehemalige Unterstaatssekretär Dr. Schwarzkopff, plötzlich verstorben. Er war einer der reaktionärsten Staatsmänner Preußens, insbesondere auf dem Gebiete des Schulwesens, das er vollständig unter das Joch der Kirche bringen wollte.

Frankreich.

Das Kabinett Doumergue wird nach Erklärungen des Ministerpräsidenten seine Demission einreichen. Begründet wird dieser Schritt damit, daß das Kabinett seine Aufgabe erfüllt habe und daß sein Programm durch die letzten Wahlen bestätigt sei.

Österreich-Ungarn.

Das neue Wahlrechtsgesetz in Ungarn. Aus Budapest wird uns geschrieben: Das neue Wahlrecht in Ungarn gibt den gelernten Arbeitern, die das 30. Lebensjahr erreicht haben, und in einer Gemeinde ein Jahr lang anständig gewesen sind, das Wahlrecht, wenn sie vor den Behörden ihre Kenntnis des Lesens und Schreibens durch Ablegung einer Prüfung nachgewiesen haben. Diese Prüfungen haben nun in der Zeit vom 15. bis 29. Mai im ganzen Lande stattgefunden. Der Agitation der Sozialdemokratie ist es zu danken, daß sich in der Hauptstadt Ungarns 32 100, in den Provinzstädten und Landgemeinden nahezu 60 000, insgesamt also mehr als 90 000 Personen zu den Prüfungen meldeten. Trotz der immensen Arbeit unserer Genossen wurde jedoch nicht das erwartete Resultat erzielt, da nahezu der vierte Teil derjenigen Personen, die sich gemeldet hatten, von den Prüfungen fernblieb. Die Ursache des Fernbleibens war das brutale Treiben der Prüfungskommissionen, die in den Provinzstädten und Landgemeinden oft magiariisch hausten und bald zum Schreck der Arbeiter wurden. Entgegen dem Wortlaut einer Ministerialverordnung verlangten die Prüfungskommissionen von den Prüflingen alle möglichen Ausweispapiere, die nur durch Zeitvergnügen und Geldkosten erlangt werden konnten. Außerdem tagten die Kommissionen nur in den Bezirksstädten, wohin sich die Prüflinge zu bemühen hatten. Dies verursachte wiederum Zeitvergnügen und Geldkosten. Bei der Prüfung selbst hatten die Stadt-

richtig ihre besondere Freude daran, den Arbeitern Worte zu diktieren, die sie vielleicht in ihrem Leben noch nie geschrieben hatten, z. B. Dardbillung, Tripartitum, Soutampton, Liverpool usw. Schrieben die Prüflinge diese Wörter nicht richtig, so fielen sie bei der Prüfung durch. Die Parteiblätter bringen täglich Abbildungen von der Schrift derjenigen, die von den Prüfungskommissionen als Analphabeten klassifiziert wurden. Eine unsagbare Erbitterung hat deshalb weite Schichten des Volkes ergriffen. Trotz der Bemühungen der Genossen verweigerten viele Arbeiter aus den genannten Gründen die Ablegung der Prüfung. Insgesamt werden vielleicht 50 000 Arbeiter zu einem Prüfungsgewinn gelangt und dadurch Wähler werden. Der zweite Akt des Schauspiels, die Zusammenstellung der Wählerlisten, die im Monat Juni ihren Anfang nehmen und durch dieselben Behörden ausgeführt wird, wird sich dem ersten Akt würdig anschließen und die Wahlberechtigten noch einmal bezirieren. — Ob unter solchen Umständen es für die ungarische Sozialdemokratie ratsam ist, in den Wahlkampf einzutreten, ist noch nicht entschieden. Jedenfalls ist die Resolution, d. h. die Partei zur Passivität verpflichtet, noch gültig.

Belgien.

Klerikale Ehrlichkeit. Vor den Wahlen haben die belgischen Klerikalen in der Kammer schnell noch einigen sozialen Gesetzen zugestimmt in der Hoffnung, durch dieses Manöver die Stimmen der Arbeiter zu erhalten. Durch die Wahlen wurden sie belehrt, daß ihre Bauernfängerei nicht gelungen ist. Und nun enthüllen sie ihr wahres Gesicht und offenbaren ihre wirkliche Stellung zu den sozialen und Arbeiterschutzesetzen. Der klerikale „Kappel“ in Charleroi schreibt: „Auf der anderen Seite haben die kostspieligen sozialen Gesetze, die vom Parla- mente angenommen wurden, der sozialdemokratischen Partei nicht eine Stimme entzogen. (Unsere Partei enthielt sich der Abstimmung.) Es ist dadurch einmal mehr bewiesen, daß die größte Vorsicht in Bezug auf die soziale Gesetzgebung am Platze ist. Es wird darauf an- kommen, sich nicht mehr durch das Programm unserer Gegner beeinflussen zu lassen und die öffentlichen Mittel mit der größten Sparsamkeit zu verwalten. Die alte Politik der Rechten, die uns viele Erfolge gebracht hat, muß wieder Platz greifen, denn es ist nicht zulässig, daß eine Minorität in der Partei der Klerikalen fortfährt, seine Ansichten der Majorität aufzuzwingen.“ Das heißt nichts anderes als: Wir haben durch die votierte soziale Gesetzgebung Stimmenfang treiben wollen; das ist nicht ge- lungen, also keine soziale Gesetzgebung mehr. Und wer es in den Reihen der Klerikalen vielleicht auch jetzt noch nach den Wahlen eifrig mit der sozialen Gesetzgebung meint, der soll sehen, daß er mit seiner Ehrlichkeit in der klerikalen Partei nichts mehr erreichen kann. Bei ihnen heiligt das Mittel den Zweck. Wenn aber das Mittel den Zweck nicht erreicht, dann mag es der Teufel holen. Die Kinder mögen in den Fabriken verkommen, die Arbeiter durch lange Arbeitszeiten an Leben und Gesundheit geküßt werden, die Kranken und Invali- den alle Not und alles Elend erdulden, die alten, ar- beitsunfähigen Arbeiter mögen betteln gehen — wenn die Arbeiter nicht für uns stimmen, wird keine Abhilfe geschaffen. Das ist die Sozialpolitik der katholisch- klerikalen Partei Belgiens.

„Le Peuple“ stellt fest, daß die Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen seit dem Jahre 1908 rund 56 000 Stimmen beträgt.

Balkan.

Kein Ausweg mehr. Wie aus Durazzo ge- meldet wird, ist die Kontrollkommission von der Über- zeugung durchdrungen, daß die Lage keinen an- nehmbareren Ausweg mehr biete, worauf auch die Demission des italienischen Hauptmanns Castoldi und des italienischen Konsuls Buchberger zurückzuführen sein soll. Die Verlegung der Residenz nach Skutari werde er- wogen, doch frage man sich, was dabei gewonnen sei, wenn der Fürst sich in die Mitte der katholischen Mirditen zurückziehe. „Armer Ferscht“!

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, 2. Juni.

Die Parteiversammlung findet heute Abend im Ge- werkschaftshaus statt. Wir machen die Mitglieder darauf nochmals aufmerksam.

Die Pfingsttage waren wider alles Erwarten vom Wetter recht begünstigt. Nach einer achttägigen mit kühler Temperatur verbundenen Regenperiode lachte den ganzen Sonntag warmer Sonnenschein und auch der Montag nach- mittag zeigte ein freundliches Gesicht. Darüber freute sich vor allem das Publikum, das sich ins Freie ergeben konnte, und die Wirtin in den Ausflugsorten, die einen starken Be- such zu verzeichnen hatten.

Der Streit um das sogenannte Kaiser-Wilhelm-Volks- haus ist noch immer nicht beendet. Wohl hat die hochweisse Regierung Lübeds dafür Sorge getragen, daß der alte Zoll- schuppen, der dem Staat alljährlich ganz hübsche Summen an Miete einbrachte, schleunigst dem Erbsohn gleichgemacht worden ist, damit bei unserem Überfluß an öffentlichen Mit- teln der Staatsfiskus nur nicht länger durch diese Einnahmen beschwert werde, doch ist man sich noch lange nicht im klaren darüber, wohin denn eigentlich das ominöse Volkshaus ge- baut werden soll. Ursprünglich war allerdings die Süd- seite des Hofentorplatzes dafür vorgesehen, doch hat sich da- gegen eine starke Opposition er- ige, nachdem die Entwürfe welche auf das Preisausschreiben, gegangen sind; der Of- fentlichkeit bekannt wurden. Darin offenbart sich denn auch gerade die abnorme Weisheit unserer Regierenden, daß sie den Zollschuppen schon abbrechen ließen, obwohl sie wußten, daß die Gelehrten sich noch garnicht über die Platzfrage einig seien. Dieser Tage haben sich nun der Verein für Heimatpflege und der Verein von Kunstfreunden in einer gemeinsamen Ver- sammlung des langen und breiten mit der durch das Volks- haus auf das innigste verbundenen Frage der Gestaltung des Hofentorplatzes beschäftigt und dabei die verschiedensten An- sichten zutage gefördert. Einig schien man sich nur darin zu sein, daß das Volkshaus nicht an der Stelle des Zollschuppens, sondern an der Nordseite des Hofentorplatzes erbaut wer- den müsse. Man wünschte, daß die Frage der zukünftigen Gestaltung des Hofentorplatzes an einem Modell des Platzes mit den um ihn geplanten Häusern geprüft wird. Wenn ein langes Leben beschieden ist, der wird vielleicht noch den neuen Hofentorplatz aus eigener Anschauung kennen lernen. In- zwischen dürften aber die p. p. Behörden die gesamten dort vor- handenen Gebäude, soweit sie für den Staat Mieterträge abwerfen, wegrastriften haben.

Einem Parteisekretär möchten die hiesigen Liberalen gern wieder anstellen, nur sollten ihnen die dazu notwendigen finanziellen Mittel. Es soll daher versucht werden, den an- grenzenden ersten mecklenburgischen, den schleswig-holsteinischen und den ostpreussischen Reichstagswahlkreise für diesen Plan zu gewinnen. Da es sicherlich nicht die große Zahl von Mitgliedern ist, welche die Anstellung eines Parteisekretärs erfordert, so wird wohl die Mitgliederzahlwindung für dies Projekt maßgebend sein.

Eine stattliche Schar auswärtiger Arbeiterjünger war am ersten Pfingsttagabend im Gewerkschaftshaus versammelt, um in einem Konzert zu zeigen, daß die edle Sangeskunst in den Kreisen der werktätigen Bevölkerung eine Stätte freudiger und tüchtiger Betätigung findet. Sehr zahlreich beteiligten sich die Mitglieder des Männerchores Berlin-Ost mit ihren Damen an der Sängerfahrt nach der Wasserkanne. Sie waren bereits am Sonnabend in unserer alten Hansestadt einge- troffen und verbrüdeten sich bei Gesang und Trank an diesem Abend mit dem hiesigen Chorverein auf einem gut verlau- fenen Kommerz im stolzen Heim der Lübeder Arbeiterkassette. Am Sonntag vormittag erschien der Hamburger Sängerkhor (Sitz Einsbüttel). Bei prächtigem Wetter wurden die Se- henswürdigkeiten Lübeds in Augenschein genommen und die herrlichen Waldungen unserer Umgebung besucht. Das Kon- zert fand abends im dicht besetzten Saale des Gewerkschafts- hauses statt. Beide Chöre verfügten über gutgeschultes, klang- volles Stimmmaterial und werden von tüchtigen Dirigenten ge- führt. Jede Nummer des Programms fand so lebhaften Bei- fall, daß mehrere Zugaben erfolgen mußten. Zum Schluß vereinigten sich die Berliner, Hamburger und Lübeder zu einem gewaltigen Massenchor, der unter der temperament- vollen und umsichtigen Leitung des Herrn Thilo-Berlin „Lord Joseph“ und noch eine weitere Komposition Althmanns mar- sch zu Gehör brachte. So dürfen alle Beteiligten mit dem Verlauf dieses Konzerts sehr zufrieden sein. Den Berliner und Hamburger Gästen wird hoffentlich der Besuch in dem schönen Lübed mit seinen markanten altertümlichen Bauten, seinen rauschenden Wäldern und seiner starken organisierten Arbeiterschaft eine angenehme Erinnerung sein.

Der Fallschirm-Absturz hatte am Pfingstsonntag nach- mittag eine ungeheure Menschenmenge nach dem Gelände des Flugplatzes an der Stralsdorfer Mäe gelockt, die Zu- schauer eines nervenaufreizenden Schauspiels sein wollte. Allerdings war die Masse der Baumgäste unendlich viel größer als die immerhin nach Tausenden zählenden Besucher des Flugplatzes selbst. Nach einer harten Geduldprobe — reichlich zwei Stunden nach der angekündigten Zeit — erhob sich der mit heißer Luft gefüllte Ballon und flog schnell zu schwindelnder Höhe empor. Ein sanfter Wind trieb ihn über das Schmettern der Höhe. Es dauerte nicht lange und man konnte beobachten, wie der am Ballon befestigte Fallschirm sich ausblähte und dann von ersterem ablöste. Am Fallschirm, der langsam sank, hing Lomschik, der Vorkammler des ganzen Unternehmens, die Mäe mit der einen freien Hand schwenkend. In der Nähe von Wesloe soll der Fallschirm mit Lomschik gelandet sein, während der Ballon in den Doosensee bei Schlutup fiel. Die Straßenbahn hatte große Mühe, den Menschenstrom auf der Stralsdorfer Linie, den dieser Fallschirm-Absturz im Gefolge hatte, zu bewältigen.

Stadthallen-Sommertheater. Man schreibt uns: Es soll nicht unterlassen werden noch auf die am Mittwoch statt- findende letzte Aufführung des packenden Schauspiels „Eine unmögliche Frau“ hinzuweisen. Am Donnerstag kommt die reizende, am 1. Pfingstfeiertag vor ausverkauftem Hause mit glänzenden Erfolg aufgeführte Operette „Der Vogelhändler“ zur Wiederholung. Für Freitag geht der erfolgreiche Schwanke „777:10“, der am 2. Pfingst- feiertag vor fast ausverkauftem Hause gegeben wurde, noch- mals in Szene. Sonnabend „Der Rastelbinder“, Sonntag „Der Vogelhändler“.

Sommertheater im Hanfathheater. In beiden Feier- tagen war das Theater ausverkauft. Den Tenor Björnshold, der das Publikum entzückte, hat die Direktion fest enga- giert. Mittwoch ist eine Wiederholung des interessanten Schwanke „Das Tal des Lebens“ und Donnerstag „Das Farmer Mädchen“ mit Herrn Björnshold.

pb. Fahrrad Diebstahl. In der Zeit vom 26. Mai bis 1. Juni ds. Js. ist vom Flur eines in der Johannisstraße be- legenen Hauses ein Fahrrad ohne Marke mit schwarzem Ge- stell, ebensolchen Felgen, nach oben gebogener Lenkstange und der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 14270 ab- handen gekommen und vermutlich gestohlen worden.

pb. Warnung vor einem Betrüger. In der verflossenen Woche ist hier bei mehreren Geschäftsteilen wieder ein Schwindler aufgetreten, der unter der Vorpiegelung, er wäre erster Offizier eines im hiesigen Hafen liegenden Dampfers, Bestellungen von Schiffszuteilen machte und sich dann Dar- lehne erschwand. Es wird vor diesem Betrüger dringend gewarnt.

pb. Verschwandener Wagen. Seit einigen Wochen ist ein in der Lederstraße aufgestellt gewesener zweirädriger Hand- wagen verschwunden, vermutlich von einem Unbefugten be- nutzt und irgendwo anders stehen geblieben. Der Boden des Wagens bestand aus Latten. Er war von Brettern einge- fagt.

pb. Entwidlen. Der Rettungszögling August Schwarz, geboren am 3. Mai 1894 in Ueberflöth, ist entwidlen. Er ist etwa 1,58 Meter groß, von schmachtiger Figur und war be- kleidet mit schwarzem Rock, grau- und schwarzgestreifter Hose, schwarzem steifen Hut und Schnürstiefeln. Es wird ersucht, ihn anzuhalten und dem Polizeiamt Nachricht zu geben.

w. Schwartau-Rensfeld. Feuer. In der Nacht zum Sonntag brannte in Rensfeld das Gewebe des Fuhrers Körtling total nieder. Leider sind auch zwei Pferde, sowie zwei Schweine mitverbrannt. Das Feuer griff so schnell um sich, daß an die Rettung des Inventars garnicht gedacht werden konnte. Der Besitzer, der um 1 Uhr nach Hause kam, ging mit der Lampe in die Speisekammer, wobei sie seinen Händen entglitt und explodierte. Nachdem die Feuer- wehr die Wohnräume ordentlich unter Wasser gesetzt hatte um noch etwas zu retten, kamen halbbrüchliche Bruchstücke und warfen die Fenster ein und demolierten alles was noch vom Feuer verschont geblieben war. Wozu sind denn übrigens die Sicherheitsmänner da, und warum rückt denn die Wehr aus, wenn sie nachher nur zusehen, wie alles kurz und klein geschmitten wird.

Ludwigslust. Vom Zuge zermalmt. Die Bädner- frau Lüssow aus Groß-Lasch, die sich in ärztliche Behand- lung nach Schwerin begeben wollte, trat in der Nähe der Station Lüblow aus dem Wagen 4. Klasse auf die Platt- form des Zuges, lehnte sich über das Gitter und stürzte plötzlich ab. Sie wurde von den Rädern vollständig zer- malmt, so daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Schwerin. Noch ein Thormann-Alexander. Wie aus Schwerin gemeldet wird, ist der Direktor des städtischen Elektrizitätswerkes Schröder, der seit drei Jahren im Amte ist, verhaftet worden, da sich herausgestellt hat, daß er ähnlich wie Thormann-Alexander seine Zeugnisse gefälscht hat.

Bremen. Die Brutalität der Konkurrenz- klausel. Wie sehr die Angestellten unter der Konkurrenz- klausel zu leiden haben, zeigt wieder einmal ein Fall, der sich vor dem Bremer Gewerbegericht am 29. Mai abgepielt hat. Ein Kaufmann klagte gegen einen Boten, weil dieser nach seiner Entlassung einer Anzahl Personen Zeitschriften ge-

liefert hatte, obgleich er sich verpflichtet hatte, nach der Ent- lassung sechs Monate lang keine buchhändlerischen Zeitschriften zu vertreiben. Das Unlaubliche geschah: Trotzdem der Be- klagte nachwies, aus Not zum Vertrieb der Zeitschriften ge- zwungen gewesen zu sein, wurde er vom Gewerbegericht zur Einhaltung des Vertrages verurteilt, gegen eine Haftpfand von einer Woche für jeden Verstoß. Da der Angeklagte er- klärte, zahlungsunfähig zu sein, wurde von einer Geldstrafe abgesehen.

Riel. Für die deutsch-französische An- näherung. Montag begann in Riel die Tagung der Deutschen Lehrerverammlung. Sie wurde auch von zwei Vertretern der französischen Lehrer, Montjotin und Chambron aus Paris, begrüßt, die dem Vorstand des fran- zösischen Lehrervereins angehören. Sie wiesen in ihren An- sprachen darauf hin, daß es sich bei den Verhandlungsgegen- ständen des Riel's Lehrertages nicht nur um Angelegenheiten der deutschen Lehrerschaft und der deutschen Volksschule han- delt, sondern um Fragen der Volksschulen aller Länder Europas. Es gilt, hier gemeinsame Ziele zu er- reichen. Aus diesem Anlaß überbringen wir die Grüße der französischen Kollegen, in deren Namen wir die Versicherung abgeben können, daß sie gewillt sind, zur Er- reichung dieser Ideale in Frieden und Eintracht mit ihren deutschen Kameraden zusammenzuarbeiten. Wir wollen unsere Kinder vor den Uebeln bewahren, die wir jetzt über und über haben, und wir wollen niemals vergessen, daß unsere beiden Länder jederzeit großen Einfluß aufeinander ausgeübt haben. Die Ansprachen wurden mit begeistertem Beifall aufgenommen. Beide Ver- treter brachten Einladungen an die deutschen Lehrer zur Teilnahme an dem nationalen Kongreß der französischen Lehrer, der demnächst in Rimes stattfinden wird. — Solche Kundgebungen werden unsern alldemokratischen Chauvinisten und ähnlichen „Patrioten“ wenig gefallen, denn sie passen wenig zum Weitzücken und zum Märchen vom Erbfeind.

Sonderburg. Gottesdienst als öffentliche Versammlung. Das neue Vereinsgesetz besitzt eine Dehnbarkeit, von der sich die liberalen Väter dieses Gesetzes gewiß nichts haben träumen lassen. Im Kreise Sonderburg ist dieser Tage sogar eine Missionsversammlung plötzlich für politisch erklärt und polizeilich aufgelöst worden. In dem Orie Wester-Satrup sollten die Pastoren Tonnien-Hoptrup und Hansen-Tüppel nebst einem Missionssekretär reden. Zur Überwindung dieser gottesdienstlichen Versammlung erschienen nicht weniger als drei Gendarmen, die zunächst die Entfernung aller Ausländer verlangten. Während der Predigt über einen Bibeltext trat ein Gendarm vor den Prediger hin und ver- langte eine Bescheinigung über die Anmeldung dieser Ver- sammlung. Da eine solche natürlich nicht vorhanden war, löste der Gendarm den Gottesdienst als eine nicht erlaubte politische Versammlung auf. Den Teilnehmern wurde sogar verboten, sich zu dem beabsichtigten gemeinsamen Kaffeetisch zusammenzufinden, weil der Gendarm darin eine Fortsetzung der aufgelösten Versammlung erblickte.

Theater und Musik.

Im Stadthallen-Sommertheater ging am 1. Pfingsttag die altbekannte und immer neue Jugkraft ausübende Operette „Der Vogelhändler“ über die Bühne. Das Theater war fast ausverkauft. Von den Mitwirkenden verdienen her- vorgehoben zu werden Herr Heydecker als Baron Weyz, Herr Gräf als Vogelhändler und Fr. Voedisch als Briefschreiber. Die übrigen Mitwirkenden, sowie das Orchester unter Leitung des Kapellmeisters Herrn Andermann reichten sich würdig dem Gesamtspiel ein. Die Regie lag in den Händen des Herrn Direktor Hornig. Das Publikum faigte nicht mit Beifall.

Der zweite Pfingsttag brachte den Turfswanke „777:10“ von Schwarz und Mathern. Das lustige Stück, in dem der Witz eines jüdischen Handlungslehrlings über die Schneidig- keit zweier Leutnants triumphiert und noch nebenbei eine glückliche Ehe stiftet, löste stürmische Heiterkeit aus. Die Wiedergabe des Schwanke unter der Regie des Herrn Grün war eine sehr flotte. Besonders wirksam wurde der dreifache Judentänzer von Herrn Langer verkörpert. Da war alles eßt, das Judentum, die Bewegungen und das ganze Gebaren. In den übrigen größeren Rollen waren die Herren Grün und Heydecker sowie die Damen Heuberger und Salten erfolgreich tätig. Das Publikum, das sehr zahlreich erschienen war, amüsierte sich köstlich.

wb. Hanfathheater. „Das Farmer Mädchen“, Operette von Farno, wurde am 1. Pfingsttag zum ersten Male in Lübed gegeben. Die Handlung führt uns in das „Land der unbegrenzten Möglichkeiten“ nach Wildwest und in das Neuyork der fünften Avenue. Biedere Farmersleute, die sich ihr Land urbar gemacht haben, geraten in helle Ver- zweiflung als sie hören, daß die Regierung ihren Grund und Boden an die Neuyorker Terraingesellschaft Broucrot u. Co. verkauft hat. Eine Vorstellung beim Präsidenten hat keinen Erfolg gehabt. Der an Ort und Stelle geschickte Regierungs- kommissar ist selbst ein abgefeimter Spekulant. Da entschließt sich Delly, das Farmer Mädchen, mit dem ihr sympathischen Sohne des Terraintfirmachefs, dem „schönen Fredy“ nach Neuyork zu reisen, um das Herz des alten Broucrot zu er- weichen und ihren Angehörigen das Land billig zu belassen. Jaz Joyce, ein junger Farmer, der Delly zur Frau haben wollte, reist heimlich mit. Er plagte noch früher in das Haus des Multimillionärs als Fredy und Delly. Die reizende Gladys — Zeilhaderin der Firma Broucrot — die auf Wunsch des Alten mit Fredy verlobt werden soll, findet Gefallen an dem kräftigen Naturburschen. Nach mancherlei Schwierigkeiten bringt sie es so weit, daß im letzten Akt der schöne Fredy das Farmer- mädchen aus Wild-West, sie selbst aber den kräftigen Jaz heiratet, dem sie das Farmerland zum Geschenk macht. Zu dieser mit Humor durchwobenen Handlung, die Montomsky verfasste, hat Georg Farnow, der Komponist der „Hörster Christi“, eine entsprechende Musik geschrieben. Grazie, Frische und Humor lösen einander ab in den diversen „Schlagern“ und Tanz-Duetten und -Terzeten. Bis auf die dekorative Ausstattung war die Aufführung unter Herrn Sumal- vico's Leitung recht gut. Vor allem erregte der Gast, Herr Björnshold, berechtigtes Aufsehen durch seinen schönen kräftigen Tenor. Die Rolle des Jaz freierte er mit männ- licher Frische meisterhaft. Fr. Faber gab die Titelfrolle ziemlich passabel. Die Ballettinszenen von Fr. Luß und Heinert mußte wiederholt werden. Gertha Zonderwan war als Gladys feld und voll sprudelnder Eleganz. Hugo Groß als der alte Broucrot hatte sich die bekannte Zantemaske des „Unke Sam“ gewählt. Herr Fiedler brachte den schönen Fredy recht glücklich zum Ausdruck. Auch die Herren Voegel und Schmidt, sowie Marie Schmidt-Dieck verdienten Lob. Für das Gelingen der Aufführung trug die Arbeit von Kapellmeister Weigert nicht zum wenigsten bei. Der Beifall steigerte sich von Akt zu Akt. Das Haus war ausverkauft.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübed und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling, Verleger: J. H. Schartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübed.



Unseren Lesern teilen wir hierdurch ergebenst mit, daß wir von jetzt ab eine reich illustrierte Wochenschrift unter dem Titel „Welt und Wissen“ herausgeben und hierdurch ein Blatt geschaffen haben, welches sowohl den ernstlichen Gelehrten wie auch den Mann aus dem Volke voll befriedigen wird. Die Ausstattung ist eine erstklassige. Zahlreiche gewählte Abbildungen werden das geschriebene Wort ergänzen. Die Namen der Mitarbeiter — nur allererste Fachleute — sind jedem gebildeten Deutschen bekannt. Um nun zu ermöglichen, daß alle unsere Abonnenten darauf abonnieren können, haben wir die kleine Entschädigung, die wir notwendig haben müssen, äußerst niedrig gestellt, und zwar auf nur 15 Pfg. für ein 24 Seiten starkes Heft. Jedes Heft enthält 10—20 Artikel, von denen wir als Beispiel einige anführen: Der Mensch in der Pfahlbauzeit. — Wenn die Erde erzittert. — Gesundheit und Schönheit. — Der Wille und dessen Gymnastik. —

Das Leben unter Wasser. — Fernphotographie. — Liebe und Ehe bei den Naturvölkern. — Der Mensch und die Geisterwelt. — Flüssige Luft. — Einfluß der Lebensweise auf das Menschenalter. — Verschwundene Städte in der Sahara. — Die Zukunft der Elektrizität im Haushalt. — Mein Aquarium. — Unser Sonnensystem. — Das heutige Erbrecht usw. usw. Um unser Ziel zu erreichen, daß „Welt und Wissen“ von jedem Gebildeten abonniert wird, liefern wir an Abonnenten von „Welt und Wissen“ eine große illustrierte Hand- und Hausbibliothek vollständig gratis, und zwar sind folgende Werke in Aussicht genommen, von denen zu jedem Jahrgang resp. 52 Heftlieferungen 3 kompl. Werke geliefert werden: Illustrierte Geschichte des Deutschen Volkes. Illustrierte Weltgeschichte. Die Entstehung der Erde. Illustrierte Himmelskunde. Illustrierte Kulturgeschichte des Deutschen Volkes. Denkwürdige Entdeckungsfahrten. Denkwürdige Erfindungen. Illustrierte Tierkunde. Illustrierte Pflanzenkunde. Illustriertes Buch der Technik. Entdeckungsfahrten nach dem Nord- und Südpol.

Entdeckungsfahrten im schwarzen Erdteil. Illustriertes Buch der Chemie. Der Vulkanismus. Die Luftschiffahrt und der Aeroplan. Der Bau des menschlichen Körpers. Die Völker Asiens. Die Völker Afrikas. Die Völker Amerikas. Illustrierte Geschichte des Altertums.

Bestellform für die Abonnenten des „Lübecker Volksboten“.
Herrn
Fr. Meyer & Co.
Lübeck.
Unterzeichneter abonniert hierdurch auf
„Welt und Wissen“.
52 Hefte à 15 Pfg.
Name: _____
Ort: _____
Straße: _____

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme und reichen Kranzspenden bei dem Hinscheiden meines lieben unvergesslichen Mannes und unseres lieben Vaters und Großvaters sowie Herrn Haupttrauer Lütge für die trostreichen Worte am Sarge des Entschlafenen sagen wir unsern aufrichtigen Dank. (4363)

Frau Wilhelmine Hörnlein
und Familie.

Saubere Wäsche gesucht
(4360) Contstraße 67. II.
Krankheitshalber zu sofort einem ordentl. jung. Hausburschen gesucht.
(4368) Meierstraße 18 a.

Suche für meinen 15jähr. Sohn leichte Beschäftigung; Schlafen im Hause.
(4369) A. Dohse, Humboldtstr. 169.

Ein leeres Zimmer
zum 1. Juli zu vermieten.
(4368) Meierstraße 6. I.

Eine kleine Wohnung
zu vermieten.
(4370) Schulmachersstraße 5/11.

Bügel zu verkaufen: Gebr. Radetz, mehrere weiße Kleider, Kostüme, Reithosen und verschiedene Sachen.
(4177) Marienstraße 28.

Ein gut erhaltenes Plüschsofa, Preis 15 Mk., neue Vorhänge (Kupferbraun) billig zu verkaufen.
(4361) Unterstraße 45, I. links.

Geht zum 1. Oktober 3000 Mk. 2. Geld in ein kleines Haus. Angebote unter **G 0 12** an die Expedition dieses Blattes.
(4355)

Verloren 1 Portemonnaie, gelb. Leder, m. 6 Mk. u. 1 Kbf.-Fahrl. nach Travemünde bei Lüch, Walfm. o. a. b. Weg. ab. Genin u. Wolsf. b. Fächtingstr. (4364) Abz. Fächtingstr. 12, part.

Seine Uhren-Reparatur-Werkstatt, Goldwaren-Reparatur-Werkstatt empfiehlt (4367) **Willi Westfahl**, 32 Holstenstrasse 32.
(4358) Kaufe jeden Vollen ausgefärmtes Paar. **Herm. Klempau**, Ludwigsstr. 38 u. Unterstraße 20, II.

Holsten-Meierei
Ferner 2336 Wiedestra. 44 empfiehlt alle Meiereiprodukte in bekannter Güte.
Geschäfte, welche **Niederlagen** übernehmen wollen, werden gebeten, sich zu melden. (126)

Anerkannt gute und billige Uhren-Reparatur-Werkstatt. **Aug. Böttner**, Uhrenmachermeister, (4362) Bügstraße 32.

Verband d. Maler!
Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, dem 3. Juni
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50—52.
Tages-Ordnung:

1. Ortstarifamt.
2. Kartellbericht.
3. Entzugsfrist.
4. Verschiedenes.
Die bei den organisierten Arbeitgebern beschäftigten Kollegen sind zu dieser Versammlung besonders eingeladen.
(4366) **Der Vorstand.**

Bebel-Büsten
Modelliert von
Bildhauer Obst, Charlottenburg.
Stück 2.50 Mk.
Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Beerdigungsinstitut Gehr. Müter
Fernsprecher 427. Mühlenstraße 13.
Übernahme ganzer Beerdigungen.
Größtes Lager in Särgen, Erbstücken, Metall-, Perl- u. Blattkränzen.
Einkleidungen jeder Art. * Billigste Preise.

Meierei Schwartzau
Inh.: Ph. Eitel — Fernspr. 2144
liefert Vollmilch und Milchprodukte aller Art in bester Qualität. (231)

Ansichts-Karten
empfiehlt die Buchdruckerei von Friedr. Meyer & Co.

Blut muss fließen
in den Adern des Menschen. Das Blut ist und bleibt der wertvollste Bestandteil des menschlichen Körpers. Es ist gleichsam der Mittelpunkt der Ernährung, das Edelste zum Aufbau des gesamten menschlichen Organismus. Versuchen Sie unser vortreffliches alkoholfreies u. ärztlich empfohlenes
Eisenbier
„Fermaltan“
D. R. P. Nr. 261 305.
D. R. Wz. Nr. 134 826, 137 327 und 13 333.
Es ist wegen seiner blutbildenden Eigenschaft für Blutarme, Bleichsüchtige, Wöchnerinnen, Schwächliche, Rekonvaleszenten gleich der lebenspendenden Sonne.
Fragen Sie Ihren Arzt.
Preis pro Flasche 20 Pfg.
Zu haben: (4351)
Aktienbierbrauerei Lübeck
Fernsprecher 69.
Vertreter und Verkaufsstellen überall gesucht.

Konzerthaus Fünfhausen.
Heute Dienstag: Großes Tanzkränzchen.
Morgen Mittwoch: Großes Tanzkränzchen. (4365)

Sozialdemokratischer Verein.
Dienstag, 2. Juni
abends 8 1/2 Uhr
Mitglieder-Versammlung
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52
Tagesordnung:
1. Abrechnung von der Kasse.
2. Vortrag des Genossen **Th. Schwartz** über: „Die Kolonialpolitik in der letzten Reichstagsession“.
3. Verschiedenes.
Um vollständiges Erscheinen der Mitglieder ersucht
(4318) **Der Vorstand.**

Achtung!
Deutscher Bauarbeiter-Verband
Zweigverein Lübeck.
Die Mitglieder-Versammlung am Mittwoch, dem 3. Juni, fällt aus. (4358)
Der Vorstand.

Verband der Gastwirtsgehilfen.
Ortsverwaltung Lübeck.
Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, dem 3. Juni
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50—52.
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Mitteilung des Vorstandes.
3. Bericht vom Verbandsstag.
4. Kartellbericht.
5. Unser Stiftungsfest.
6. Verschiedenes.
(4352) **Der Vorstand.**
NB. Zu dieser Versammlung müssen alle erscheinen.

Stadthallen-Sommertheater.
Mittwoch, den 3. Juni
abends 8 1/4 Uhr:
Zum letzten Male das packende Schauspiel:
Eine unmögliche Frau.
Von Leo Lenz.
Donnerstag, den 4. Juni
abends 8 1/4 Uhr:
Wiederholung der am 1. Freitag vor ausverkauftem Hause mit stürmischem Beifall aufgenommenen Operette
Der Vogelhändler.
Von Carl Zeller.
Freitag, den 5. Juni
abends 8 1/4 Uhr:
Erfolgreichster Schwank der Gegenwart!
777 : 10.

Zur- und Totoschwanz in 3 Akten von Schwarz u. Mathern.
Vorverkauf zu allen Vorstellungen:
Zigarrenhandlung Otto Borchert, Musikalienhandlg. P. W. Kalbel, Rudolph Karstadt.
Dutzendkarten haben zu allen Vorstellungen Gültigkeit. (4359)

Sommertheater
in Fritz Rittschers Hansatheater.
Dir. Ernst Aibert.
Heute Dienstag, den 2. Juni
Erste Wiederholung der mit sensationellem Beifall aufgenommenen Operette von Jarno:
Das Farmermädchen.
Mittwoch, den 3. Juni:
Schwanzabend.
Das Tal des Lebens.
Donnerstag, den 4. Juni:
Zweite Wiederholung der Operette von Jarno
Das Farmermädchen.
Die Direktion hat die großen Kosten nicht gescheut und den Geldentwerfer Pool Björnskjöld, der hier so erfolgreich gastierte, fest engagiert.
Vorverkauf bei Fr. Nagel u. Fr. Sager. Dasselbst auch Drogenkarten, gültig zu allen Vorstellungen.
Anfang Freitag 8 1/4 Uhr. (4357)

Sozialdemokratischer Zentralverein für das Fürstentum Lübeck.

Unsere neunte ordentliche

Generalversammlung

findet am

Sonntag, dem 12. Juli, präzise 11 Uhr vormittags

in Kotelan bei Schwarzenhof im Lokale der Ww. Koop statt.

Die vorläufige Tagesordnung lautet:

I. Berichte: a. des Zentralvorstandes, b. der Revisionskommission, c. der Ortsvereine.

II. Die Sozialdemokratie und die Gemeinderatswahlen.

III. Anträge: Stellungnahme zum Bezirksparteitag, zum Deutschen Parteitag und zum Internationalen Kongress.

IV. Wahlen: a. des Vorstandes, b. des Vorortes und des Ortes, der die Revisionskommission zu wählen hat.

NB. Die Wahl der Delegierten hat nach § 12 unseres Statuts bis zum 1. Juli stattzufinden. Von der erfolgten Wahl ist dem Vorstand Mitteilung zu machen. Alle seitens der Ortsvereine zur Generalversammlung zu stellenden Anträge müssen spätestens bis zum 1. Juli d. J. dem Vorstand schriftlich eingereicht werden.

In den Ortsvereinen sind vor Stattfinden der Generalversammlung die Vorschläge zur Wahl der Delegierten zum Bezirksparteitag zu machen.

Stockelsdorf, den 1. Juni 1914.

Der Zentralvorstand.

S. A.: Heinr. Sick.

Verfassungszensur.

Genosse Wolfgang Heine behandelt unter dieser Überschrift im „Berliner Tageblatt“ die Uebergänge des Berliner Polizeipräsidenten auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsrechts. Er schreibt:

„In Vichtenberg wurde eine für den 12. März einberufene Versammlung, in der ein Vortrag mit Lichtbildern über „Die Märztage 1848“ gehalten werden sollte, verboten, und als sie trotzdem abgehalten wurde, der Saal polizeilich geräumt. Auf Beschwerde hat jetzt der Polizeipräsident v. Jagow in seiner Eigenschaft als Regierungspräsident für Vichtenberg zwar das Verbot und die Räumung der Versammlung für nicht dem Vereinsgesetz entsprechend erklärt, die Beschwerde aber doch zurückgewiesen. Der § 10 II 17 des Allgemeinen Landrechts gebe der Polizei das Recht, die Lichtbilder zu untersagen, falls eine Gefährdung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung zu befürchten wäre. Diese Befürchtung wäre hier begründet gewesen, weil die „einseitige“ Darstellung der Vorgänge von 1848 geeignet wäre, in den Zuhörern eine „Belebung und Stärkung

revolutionärer Gesinnung hervorzurufen und die Möglichkeit einer Herbeiführung von Ausschreitungen und Ruhestörungen zu eröffnen.“

Ich will hier nicht davon sprechen, wie ganz unbegründet die Angst vor solchen Ausschreitungen ist, nach den Erfahrungen, die man in Berlin seit Jahrzehnten bei den alljährlichen Märzfeiern gemacht hat. Mich interessiert hier nur die Rechtsfrage.

„Die Polizei behauptet mit dieser Begründung eine Präventivzensur, die sich noch zu einer völligen Vernichtung der Versammlungsfreiheit ausweiten könnte. Glücklicherweise kann man feststellen, daß die der Verfügung des Polizeipräsidenten zugrunde liegende Rechtsauslegung absolut falsch und mit dem Vereinsgesetz unvereinbar ist.“

Genosse Heine setzt nun juristisch die Unhaltbarkeit der rechtlichen Deduktion des Berliner Polizeipräsidenten auseinander und fährt fort:

„Der Polizeipräsident erkennt an, daß das Verbot und die Auflösung der Versammlung unzulässig war, aber er behauptet die Zulässigkeit des Verbots des in der Versammlung geplanten Vortrages mit Lichtbildern. Der zugrunde liegende Gedankengang der Polizei ist der: Das Vereinsgesetz regelt nur die Befugnis, sich zu versammeln; darin dürfte die Polizei die Versammelten freilich nicht über die Grenzen des Vereinsgesetzes hinaus beeinträchtigen. Aber was in der Versammlung geredet und vorgeführt werde, das gehört nicht zur Ausübung der Versammlungsfreiheit und könne nach dem Allgemeinen Landrecht im Interesse der öffentlichen Ordnung polizeilich beschränkt werden.“

Das wäre die Zensur! Solches Verlangen hat nie eine Polizeibehörde unter dem alten preussischen Vereinsgesetz aufgestellt. Es stünde im strikten Widerspruch zu Artikel 27 der preussischen Verfassung, wonach jeder Preuze das Recht hat, durch Wort, Schrift, Druck und bildliche Darstellung seine Meinung frei zu äußern, welches Recht nur durch Gesetze, nicht durch Polizeiverordnungen beschränkt werden kann.

Die ganze Beweisführung der Polizei ist eine Künstelei ohnegleichen. Wer hat je bei der Versammlungsfreiheit an eine so hohle Abstraktion, an ein Versammlungsrecht, losgelöst von dem Rechte, in der Versammlung zu reden, gedacht? — Sämtliche Ausleger des Vereinsgesetzes, namentlich auch der verstorbene Präsident des Obergerichtspräsidenten von Bitter, sind sich einig, daß erst der Inhalt, nämlich die gedruckte oder mündliche Darstellung von Gegenständen, eine Zusammenkunft von Menschen zu einer Versammlung macht. Stellt also das Vereinsgesetz die Versammlung frei von polizeilichen Beschränkungen, so kann es nicht beabsichtigt haben, das Wesentliche der Versammlung, ihren Inhalt, polizeilicher Unterdrückung auszuliefern.

Das kommt auch im Reichsvereinsgesetz deutlich zum Ausdruck. Namentlich beweisen die Bestimmungen des § 14 des Vereinsgesetzes über die Auflösung von Versammlungen klar, daß das Vereinsgesetz gerade auch die Beschränkungen der Versammlungsfreiheit regeln sollte, welche die Polizei im Interesse der öffentlichen Ordnung aus dem Inhalt der in der Versammlung vorgebrachten Äußerungen ableiten will. Wenn Vorschläge oder Anträge erörtert werden, die eine Aufforderung oder An-

reizung zu Verbrechen oder gewissen Vergehen enthalten, darf die Versammlung aufgelöst werden.

Bis hierhin also und nicht weiter gehen die Rechte der Polizei, einer Versammlung wegen des Inhalts ihrer Reden im Interesse der öffentlichen Ordnung Schranken zu ziehen.“

Genosse Heine schließt seinen Artikel:

„Die Polizei hat bereits von nichtpolizeilichen Verein die Einreichung der Satzung beantragt, und von solchen, die sie für politisch hält, die Einreichung des Mitgliederverzeichnis. Auch die Einreichung des Konzeptes einer Rede ist, wenn meine Quelle mich richtig berichtet hat, an einem Orte schon gefordert worden. Alles dies gegen das Vereinsgesetz, gegen die Befugnis des Staatssekretärs von Bethmann-Hollweg (Kommissionsbericht, Seite 37) unter Berufung auf das Allgemeine Landrecht.“

Die Klagen, die im Reichstag vorgebracht werden, bleiben leider vom Publikum meist unbeachtet. Ich appelliere deshalb an die Leser des „Berliner Tageblatts“, an alle, denen die Erhaltung des Versammlungsrechts und der Freiheit des Wortes am Herzen liegt, ohne Rücksicht auf die Parteistellung.“

Die „Kreuzzeitung“ bringt eine polizei-offizielle Erwiderung auf den Artikel, den Genosse Heine im „Berliner Tageblatt“ veröffentlichte. Nach dieser polizeilichen Darstellung sei das Verbot der Vorführung der Bilder erfolgt, nachdem das Obergerichtspräsident die öffentliche Darbietung dieser Bilder aus dem Gesichtspunkte der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung für unzulässig erklärt hatte. Der Einberufer habe vor Beginn der Versammlung trotzdem ausdrücklich erklärt, daß diese Vorführung stattfinden werde. Der polizeiliche Rechtfertigungsversuch fährt dann fort:

„Unter diesen Umständen blieb dem Beauftragten der Polizei nur die Anwendung unmittelbaren Zwanges übrig, um die Durchführung der Anordnung der Behörde zu sichern. Das Versammlungslokal wurde von der Polizei geräumt.“

Eine Versammlungsauflösung auf Grund des Reichsvereinsgesetzes hat somit nicht stattgefunden; Bestimmungen dieses Gesetzes sind überhaupt bei dem Verbot gar nicht in Frage gekommen und können daher auch von der Polizei nicht verkehrt worden sein.“

Zu den vielen Schönheiten, die die polizeiliche Handhabung des Vereinsgesetzes bereits gebracht hat, paßt auch diese neueste Auslegungsfunktion ganz vortrefflich.

Unser Leben währt — 40 Jahre.

Die Nachwächter der Herrlichkeitstheorie, die immer wieder ausruhen, daß wir in der besten aller Welten leben, werden jetzt von den preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten gründlich geohrfeigt. Natürlich biblisch genommen. Nachdem in den letzten vergangenen Jahren, im besonderen die Grobisenindustrie und die Maschinenindustrie, immer ungenierter junge Arbeiter verbraucht und alt werdende Proletarier aus ihren Betrieben massenweise hinauswarf, mehrte sich die Literatur über das Lebensalter der deutschen Industriearbeiter. Während der Umfang dieser die Frage untersuchenden Bücher immer größer wurde, wurde die Zahl der Arbeiter, die von den wichtigsten deutschen Industrien deswegen nicht mehr gern beschäftigt werden, weil sie

In schlimmen Händen.

Roman von Erich Schallier.

(8. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

Das Haus war alt und angesehen, der Hotelier war ein reicher Mann, und die Gäste waren Reder, Kapitäne, Matrosen und was sonst mit der Schiffsahrt zusammenhing. Eine solide norddeutsche Wohlhabenheit lag über dem Ganzen; Dagmar fühlte sich hier zum erstenmal so frisch und gesund wie ein Fisch im Wasser. In wenigen Tagen hatte sie alle Schwächen und alle kleinen Separatwünsche der Gäste empfunden, in wenigen Tagen hatten ihre braunen Augen alle Herzen erobert, in wenigen Tagen war sie die lachende Sonne dieser alten Gasse geworden. Wenn sie am Vormittag mit flinken Händen den schäumenden Bierkrug auf den Tisch stellte, wenn sie jedem unaufgefordert den kleinen pikanten Imbiß brachte, wenn sie heller blickte und blinnte als selbst die geschäftigen Portweinläser, in denen die Morgensonne spielte, dann war allen wohl, und in Dagmars Augen lachte eine siegreiche, fröhliche Zukunft.

Die Gäste wetteiferten um einen freundlichen Blick und der Besitzer behandelte Dagmar wie ein verwöhntes Kind. Ein Regen von Geschenken aller Art ging auf sie nieder; wenn die Familie im September nach dem Süden reiste, fuhr Dagmar im Kupee zweiter Klasse mit; Theaterabende, Konzerte und Tanzvergünstigungen wurden im Winter ihrer lebenslustigen Jugend bereitwilligst zu Füßen gelegt; im Sommer wurde sie auf vier Wochen in einen Badeort der Kieler Bucht geschickt, und es kam so leicht kein Kapitän von der überseeischen Fahrt nach Hause, der nicht in einem Winkel seines Wanderschritts etwas hatte, auf dem in unsichtbaren Zügen der Name Dagmars geschrieben stand; und gewöhnlich war es gerade das, das er wie den Stern seines Auges bewachte. Alle Welt gönnte ihr das Glück, zu dem die Natur sie erschaffen hatte, und alle Welt wäre befremdet gewesen, wenn sich der Hotelier anders verhalten hätte. Er kam ohnehin auf seine Kosten. Dagmar war ein geschäftliches Kapital, das reichlich Zinsen trug. Als sie nun doch das Haus verließ, schied der Besitzer ihr ein Zeugnis, wie er in seinem Leben noch keins geschrieben hatte. Mit staunendem Entsetzen nahm Frau Engelbrecht dieses Zeugnis in die Hand. In dem Zeugnis der langen Marie hatte kurz und bündig gestanden, daß sie „wegen Schweinereien“ hinausgeworfen worden sei. Das war in Gottes Namen doch etwas, was man verzeihen konnte; man wußte, woran man war, wenn man dieses Zeugnis in der Hand hielt. Aber fleißig und zuverlässig und solid und allgemein geachtet und kind im Hause; ja, war so etwas denn überhaupt noch möglich? War die Welt eine ganz andere geworden dort unten in der Großstadt? Brach eine

neue Zeit mit Dagmar an? Dagmar aber lachte; sie behandelte das Zeugnis so nonchalant, als wenn es eine selbstverständliche Huldigung gewesen wäre.

Der warme Juni hatte eine frühe Badesaison gebracht. Die Sonne schien so mild und verlockend und vor allen Dingen so andauernd, daß bereits in der ersten Hälfte des Monats das Sommerleben in seiner ganzen Schönheit erwacht war. Die wenigen Badegäste, denen die schöne Umgebung bekannt geworden war, kamen freilich erst mit den großen Ferien; im Städtchen selber aber genoss man die Lust der blauen Tage bereits in vollen Zügen. Die Damen der besseren und besten Familien pflegten um elf Uhr in der Badeanstalt zu erscheinen; dann war es warm und die blaue Offize lud förmlich zum Baden ein. Nach dem Bade wurde ein kleiner Spaziergang gemacht, und mit dem Appetit der Seeluft ging man dann ans Mittagessen. Auch sonst hatte die Zeit einen Vorzug, den man nicht von der Hand zu weisen brauchte. Um elf Uhr standen überall die Bürgerfrauen über den heißen Kochtöpfen, um das Mittagessen zu bereiten, das in dem Leben der kleinen Stadt eine so große Rolle spielte. Es war ein besonderer Genuß, gerade um diese Zeit in einem leichten und sommerlichen Kostüm dem frischen Bade entgegenzuwandern.

Unter der Veranda des Dampfschiffspavillons sah Axel Halvorsen mit einer kleinen Herrengesellschaft. Es war eine stillschweigende Übereinkunft, daß um diese Zeit von den Herren niemand ein Bad nahm. Den Blick auf das strahlende Blau des Meeres aber wollte man doch genießen, und so war hier das Sommerquartier für den Frischschoppen entstanden. Am Eingang der Veranda stand der Wirt. Er lehnte sich bequem an das Geländer und blinzelte träge über die See hinaus. Er mußte bereits in aller Herrgottsfrüh den ersten Dampfer abfertigen und war im allgemeinen gegen Mittag etwas müde, besonders an einem so warmen, sonnigen und einschläferndem Tage.

„Hallo“, sagte er dann aber plötzlich und gab seiner Müdigkeit einen Ruck, „da haben wir ja die schöne Dagmar,“ und im Nu flogen alle Blicke interessiert zu der frischen, sommerlichen Gestalt hinüber. Dagmar schritt unbefürchtet wie immer die Mole hinaus. Eine frühe Brise kam ihr entgegen und zeigte mit geselliger Deutlichkeit die Linien ihres jugendlichen Körpers. Der Gerichtssekretär, der an einem Nebentisch allein saß, bemerkte plötzlich, daß sie in der einen Hand ein kleines Päckchen trug; die Aufmerksamkeit war sonst allgemein auf die andere gerichtet, mit der sie im Kampfe gegen den losen Wind ihren Strohhut festhalten mußte.

„Sie wird doch nicht“, kam es laut und entsetzt von seinen Lippen. „Sie wird doch nicht haben wollen.“ hatte er in einem unbewachten Augenblick mit jähem Schrecke gedacht. So schnell ihm aber der Gedanke gekommen war, so schnell brach er ihn auch wieder ab; er fühlte sich bereits exponiert, weil er ihn zu denken gewagt hatte.

Axel Halvorsen aber, der sicher und in frischer Eleganz beim Frischschoppen den Vorzug führte, hatte den Gedanken gar nicht geahnt. Er sah sehr weltmännisch überlegen aus, als er nun zu dem unglücklichen Sekretär hinüberrief: „Nicht wahr, Herr Sekretär, es geschieht Zeichen und Wunder. Das junge Volk geht in die Großstadt und kommt wie ausgewechselt zurück. Die Spiegbürger aber bleiben hier und werden so trocken wie die Zwetschen im Sack beim Krämer.“

Der Gerichtssekretär froh merkte in sich zusammen und beschloß im stillen, der neuen Dagmar-Partei beizutreten, die sich im Städtchen gebildet hatte und mit der Schönheit Dagmars einen förmlichen Kultus trieb. Wer aber konnte auch wissen, daß die Dinge so kommen sollten? Freigeister und Demokraten hatten sich bis jetzt der neuen Partei angeschlossen; oder steptische Dutzler wie der Zahnarzt, der immer seine eigenen Wege ging; von den Beamten war niemand beigetreten, es sei denn, daß man den neuen Referendar Westphal rechnen wollte, aber der war ohnehin aus Berlin, und so nahm ihm niemand etwas übel. Zum erstenmal in seinem Leben hatte er die richtige Partei verfehlt; der Schaden aber sollte noch im Laufe des Nachmittags ausgebessert werden.

Am Frischschoppentisch ging ein leichtes Lächeln um. Axel war doch sehr überlegen gewesen, als er die Bemerkung machte, und darüber freute man sich.

Dagmar war inzwischen bei der Badeanstalt angelangt. Der Verwalter — ein alter Seemann — dachte zwar sein Teil; er wußte aber nicht recht, was er sagen sollte. Es gab kein Gesetz, das die Offize um diese Zeit den Damen der Honoratioren vorbehielt, und überdies machte Dagmar einen so sichern Eindruck, daß ihm jede Gegenrede wie verschlagen war. Er gab ihr, was sie zum Baden brauchte, und Dagmar wählte eine Kabine, die etwas abseits lag. Bald sah man sie hinausschwimmen, weit hinaus sogar.

Sie schwimmt wie ein Fisch, dachte der alte Seemann, und nun kam doch ein zufriedenes Schmunkeln — einen so blanken Fisch hatte er sonst nicht unter seinen Gästen.

Unter den Damen entstand selbstverständlich eine nicht geringe Aufregung. Man blinnte befremdet hinüber, man sah sich gegenseitig staunend an, man ließ Stichelreden fallen und die Frau Apotheker kleidete sich sofort wieder an und ging nach Hause, ohne im Wasser gewesen zu sein. Mit diesem Protest hatte es nun freilich eine eigenartige Bewandnis. Die würdige Dame hatte nicht die geringste Sehnsucht nach den Blüten der Offize; sie badete nur, weil es neuerdings zum guten Ton gehörte, und war fest, einen so korrekten Protest anbringen zu können und dabei um das Bad herumzukommen. Im übrigen nahm man die Dinge doch mehr von der heitern Seite. Augenblicklich war ohnehin nichts zu machen, und lange würde das Spiel ja nicht dauern.

40 Jahre alt geworden sind, nicht kleiner. Nunmehr haben die höchsten amtlichen Stellen eine neue umfassende Untersuchung über die für die künftige Frage vorgenommen. Sie beauftragten damit für das Jahr 1912 die preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten, deren gesammelte Resultate nunmehr vorliegen. Und was stellen diese gewiss einwandfreien Sammler der Tatsachen fest? Sehen wir es uns an: Die Altersgliederung der Industriearbeiter in den wichtigsten Betriebsarten.

Zahl der Arbeiter nach Jahr, in Proz. bis 20 20-30 30-40 40-50 50-60 ab. 60 J.

Gewerbebezirk:	22,6	21,0	21,1	18,4	11,7	5,2
Textilindustrie	22,6	21,0	21,1	18,4	11,7	5,2
Leberrindustrie, Gerberei	13,6	25,9	24,5	20,8	11,7	4,0
Goldindustrie	13,1	25,7	27,0	18,7	10,9	4,6
Steinbrüche	14,5	26,4	28,2	18,4	9,4	3,1
Chem. Industrie	11,8	29,1	28,0	19,0	9,0	3,1
Tabakfabrikation	22,7	28,5	25,4	12,7	7,6	3,1
Porzellan, Tonwaren	23,4	19,2	26,9	21,1	8,1	2,3
Metallen	17,2	32,5	26,6	13,8	7,0	2,9
Klein- u. Metall-Indust.	23,8	29,3	23,4	13,8	7,0	2,7
Glasindustrie	29,9	26,9	20,9	12,9	7,2	2,2
Buchdruckerei	23,9	29,1	24,0	14,1	6,7	2,2
Zink, Blei, Kupferhütten	14,8	31,3	27,4	17,9	7,4	1,2
Eisengießerei	24,6	28,5	24,8	18,1	6,5	1,5
Maschinenindustrie	22,2	32,2	25,1	12,5	6,1	1,9
Großhandelsindustrie	19,7	34,0	24,4	13,8	6,3	1,6

Die jugendlichen Arbeiter werden in der Glasindustrie, den Eisengießereibetrieben und den Buchdruckereien besonders bevorzugt. Die jungen kräftigen Männer im Alter von 20 bis 30 Jahren setzen wir in der Eisenindustrie, in der Maschinenindustrie, bei den Werften und in den Zink-, Blei- und Kupferhütten in viel stärkerer Anzahl vertreten als in anderen Industriezweigen. Schon in der nächsten Gruppe des Alters der Arbeiter verschiebt sich das Bild ganz erheblich. An die Stelle der Schweren- und Maschinenindustrie treten jetzt Steinbruchbetriebe und Chemische Industrie. Der Arbeiter verfährt aus all den Betrieben, die besondere körperliche Leistungsfähigkeit und geistige Elastizität bei angestrengtester und mühsamer gefährlicher Arbeit verlangen. Die chemische Industrie verbraucht die älteren Arbeiter noch mehr als die Steinindustrie. Die Ursache liegt nahe genug auf der Hand. Man braucht nur einmal festzustellen, wie die Löhne dieser älteren Arbeiter aussehen. Sie sind gegenüber denen der dreißigjährigen Arbeiter überall zurück. Mit fünfzig und sechzig und noch mehr Jahren auf dem Buckel ist der Arbeiter in der modernen Schwerindustrie überflüssig. An den Hilfsmaschinen der Textilindustrie in nebenberuflicher Tätigkeit und als halb ausrangierter leicht bezahlter Aus- hilfskraft finden wir den Arbeiter auch in der Lederindustrie und in den Holzbearbeitungsgewerben. Aber fragt nicht, wie viele Zeit des Jahres diese Arbeiter arbeitslos sind und fragt nicht danach, was diese Arbeiter für Löhne erhalten! Natürlich haben die preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten auch nach den Löhnen nichts zu fragen.

Die Zusammenstellung darüber, wo der mehr als 40 Jahre alte Arbeiter noch unterkommt und Beschäftigung findet, ist unvollständig. Zieht doch zum Beispiel, um nur eine sehr wichtige Berufsgruppe anzuführen, der Bergarbeiter. Er wird das Bild nicht ändern, im Gegenteil, eher noch klarer gestalten als es schon ist. Die Wägen des Kapitalismus mahlen rücksichtslos und ohne moralische Bedenken. Ihre Resultate sind deswegen immer wieder der klare Ausdruck dafür, daß den Industriellen von heute der Arbeiter nichts weiter ist als Rohmaterial im Produktions- und Dividendenprozeß. Das gesellschaftliche Gewissen, die Sozialpolitik, der Schutz des Menschen, das sind Dinge, um die sich bis heute niemand gekümmert hätte, wenn die Arbeiter nicht selbst lebendig geworden wären. Und deswegen: Wenn wir die Unterdrückung fühlen, müssen wir unzufrieden werden, uns nichts gefallen lassen, dann wird es besser.

Die Monate nach der roten Woche.

Der Reichstag, die politische Tribüne des deutschen Volkes, wird einfach geschlossen, wie man in Preußen und Berlin gewohnt ist, daß das königliche Opernhaus in Ferien geschlossen wird. Dabei immer noch ein Unterschied ist, denn so

lange hat kein Mensch und keine Institution Ferien, wie der deutsche Reichstag, womit zugleich einwandfrei dem deutschen Volke preussische Hochachtung ausgedrückt worden ist. Für uns kommt es darauf an, den Herren des Parlaments zu zeigen, daß die Arbeiterbewegung auch dann lebendig ist, wenn niemand „Reden zum Fenster hinaus hält“. Deswegen müssen die Sommermonate dazu benutzt werden, um die 140 000 Mitglieder, die die sozialdemokratische Parteiorganisation und die 82 537 Anhängen, die die sozialdemokratische Presse während der roten Woche gewonnen hat, aus Geworbenen zu Werbern zu machen.

Die rote Woche hat glanzvolle Resultate gebracht, wer die errungenen Zahlen nicht ohne weiteres richtig einschätzen kann, braucht sich nur an den mehr oder weniger laut gewordenen Herger unserer Gegner zu erinnern. Viel Unentschiedene sind durch die Tatsachen, durch die Ueberredungskunst der Begeisterung für die große Sache zu uns gekommen. Mit dem Eintritt in die Organisation, dem Abonnement auf die Arbeiterzeitung ist aber für die Neugeworbenen erst der Anfang dazu gegeben, daß sie richtige, ihres Weges bewußte Arbeiterkämpfer werden. Deswegen ist es notwendig, soll nicht überflüssige Arbeit geleistet werden sein, dauernd gerade auf die „jungen“ Genossen und Genossinnen Rücksicht zu nehmen. Sie sitzen nicht immer ohne weiteres fest im Sattel und doch werden sie mit uns von bürgerlichen Zeitungen, den Gegnern der Arbeiterbewegung, Tag für Tag bekämpft und sogar beschimpft. Wir müssen alle Tage richtigstellen und beweisen, daß wir recht haben, wir müssen durch unsere persönliche Hilfe und Unterhaltung den „jungen“ Parteigenossen und den „jungen“ Abonnenten der Arbeiterzeitung sichere Auskunft und Stütze sein, damit er die neu und schwer gewonnene Ueberzeugung innerlich befestigen kann.

Gerade der parlamentarische Sommer ist geeignete Zeit zu sammeln, zu sichten und abzurechnen über all den Betrag, die planmäßige Benachteiligung und die Unterdrückung der Arbeiter. Der Sommer ist auch die beste Zeit, dem Arbeiter in freier Luft, draußen im Grünen, bei Ausflügen und vergnügten Feiern, den Hunger nach Kultur zu vergrößern, dadurch, daß wir ihm von dieser Kultur, die wir uns in der Jugendbewegung, in unseren Bildungsmöglichkeiten und unseren Fesseln geschaffen haben, recht viel geben.

Im besonderen aber muß dem „Neuen“ Gelegenheit zur Vertiefung seiner Weltanschauung gegeben werden. Er und seine Frau sollen immer gern mit in die Versammlung, zum Vortrag kommen. Kein Aneignungsgehr und keine Viertelphilosophie, sondern ernsthaftes Wissen und klarer Einblick in die Zusammenhänge der Entwicklung von Natur und Gesellschaft muß gegeben werden. Im besonderen muß den „neuen“ Frauen und Jugendlichen geholfen werden.

Und das Allerwichtigste ist, daß sie, die neu zu uns gekommen sind, Arbeit bekommen. Nicht Kassierer- oder Schriftführerposten — dazu gehören alt gediente argumentationsfähige und ruhige Genossen und Genossinnen —, die hinter dem Langweiligen, Gleichförmigen ihrer Aufgabe die wunderbare Parteilichkeit sehen, die sie zu ihrem Teil in Ordnung und Gang halten. Aber gebt den in Begeisterung für unsere Ideen während der roten Woche zu uns gekommenen praktischen Arbeit bei der Flugblattverteilung, bei den Feiern der Jugendlichen, bei den Zusammenkünften der Frauen, bei Sommerfesten, im Jugendklub und so weiter.

So muß gearbeitet werden, dann werden uns die 140 000 „Neuen“ vom März im nächsten Jahre als „Alte“ wieder 140 000 und mehr!

Eine Kritik. In der Generalversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins für den Wahlkreis Arnswalde-Friedeberg hat sich nach einem Bericht des Neumärkischen Volksblattes, dem in Landsberg a. M. erscheinenden Parteiorgan der Neumark, u. a. folgenden begeben: „Unter Parteigenossenheiten erörterte Genosse Brückner die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in der Beamtenbeförderungsforderung, wobei unsere Genossen die Kompromißvorschläge ablehnten und damit Tausende von kleinen Beamten um eine Erhöhung ihrer geringen Gehälter gebracht haben. Genosse Brückner kritisierte diese Haltung der Fraktion in scharfer Weise und meinte, daß die Sozialdemokraten außerordentlich unglücklich operiert haben. Genosse Schmidt (Berlin) äußerte seine Meinung dahin, daß unsere Fraktion mit der Ablehnung eine große Dummheit begangen habe, die uns schweren Schaden bringen werde. Es werde Aufgabe des Parteitages sein, wegen dieser Abstimmung und anderer Vorworte in der Fraktion ein ernstes Wort mit dieser zu reden. Ebenso unverständlich wie die Haltung der Fraktion in der Beförderungsforderung sei die Haltung der Fraktion in der Abstimmung über die Abänderung der Militärstrafgesetze, wo dieser Genosse sitzen geblieben sei, während die übrigen Fraktionsmitglieder aufstanden; es scheine eine Zerfahrenheit in der Fraktion zu herrschen, die nicht gebildet werden dürfe. Genosse Hoffmann unterstrich die Ausführungen der beiden Vorredner und betonte, daß uns die Stellungnahme der Fraktion zur Beförderungsvorlage viele Vorwürfe von den Liberalen einbringen würde, während diese jetzt ein vorzügliches Agitationsmaterial bei den Unterbeamten haben. Das Resultat der Aussprache war die einstimmige Annahme folgender, vom Genossen Brückner gestellten Resolution: „Die Kreis-Generalversammlung des Wahlvereins Arnswalde-Friedeberg, abgehalten am 21. Mai 1914 in Driesen, erklärt sich mit der Haltung der Reichstagsfraktion gegenüber der Beförderungsvorlage nicht einverstanden. Durch die Ablehnung der Vorlage ist einer Reihe von Unterbeamten eine Aufbesserung verweigert worden, die dringend notwendig ist. Die Ablehnung wird bedauert und erwartet, daß die Fraktion in Zukunft derartigen Vorlagen gegenüber eine andere Haltung einnimmt.“ — Diese Kritik entzündet aus der nach unserer Meinung unbegründeten Furcht, daß man den Unterbeamten die Berechtigung und Notwendigkeit der sozialdemokratischen Haltung nicht begreiflich machen könne.

Sozialdemokratie und Kolonien. Durch die bürgerliche Presse läuft die Mitteilung, daß Reichstagsabgeordneter Hoffmann (Saalfeld) auf dem sozialdemokratischen Parteitag für Schwarzburg-Rudolstadt erklärt habe, die sozialdemokratische Fraktion sei willens, in nächster Zeit einige Parteigenossen zum Studium der Kolonien dorthin zu senden. Wir können dazu feststellen, daß eine solche Anregung in der Fraktion allerdings gemacht wurde. Es haben bisher aber weder Verhandlungen darüber, noch eine Beschlussfassung stattgefunden.

Ein eigenes Heim der Waldburger Arbeiterkraft. Trotz aller Schläge, die in Schleien gegen unsere Partei getrieben werden, schreitet diese dort rüstig weiter und nimmt an Ausbreitung zu. Ein Beweis ihrer Rüstigkeit ist der am Montag gefasste Beschluss der maßgebenden Instanzen im Kreise Waldburg, ein eigenes Heim für die Arbeiterkraft zu errichten, in dem auch die „Vergewalt“, unser schleisches Parteiorgan, untergebracht werden soll. Seit Jahren führt die Arbeiterkraft Schleien einen schweren Kampf um die Versammlungsmöglichkeit in den einzelnen Orten. Aus Furcht vor der konservativen Gewaltherrschaft weigerten sich die Gastwirte — und zu einem großen Teile geschieht das heute noch — der Arbeiterkraft ihre Lokale zu Versammlungen herzugeben. Bevor nun der Beschluss gefasst wurde, ein Gewerkschaftshaus zu errichten, wurden sämtliche Gastwirte von Waldburg und den umliegenden Gemeinden aufgesucht und ihnen die Frage vorgelegt, ob sie bereit seien, ebenso wie allen anderen Korporationen auch der Arbeiterkraft ihre Lokale, soweit sie nicht anderweitig befehligt sind, zu allen Veranlassungen zur Verfügung zu stellen. Die Antwort lautete überall ablehnend. Die Vertreter der freigeordneten Arbeiterkraft waren also zu dem Beschluss, ein Gewerkschaftshaus zu errichten, gezwungen.

Ein merkwürdiger Beamtenbeförderungsvorstoß. Das Schöffengericht in Zeitz verurteilte den verantwortlichen Redakteur des Zeiter „Volksboten“, Gen. Bleichschmidt, wegen

Dagmar aber kam am nächsten Tage wieder, schwamm hinaus und schwamm zurück und schien die anwesenden Damen gar nicht zu bemerken. An jedem neuen Vormittag sah man Dagmar die Mole zur Badeanstalt hinausfahren, immer so leicht und geschmeidig angezogen wie am ersten Tage. Was sollte man dagegen nun wohl tun? In dem Städtchen liefen die sonderbarsten Gerüchte um: Gerüchte, die sie jast zu einer Art von Heiligin machten; sie hielt sich, was man anerkannte, von den andern Damen fern und Arel Halvorsen Anfertigung war bekannt und tonangebend geworden. Wenn man nur erfahren könnte, woher sie diese ungewöhnliche Sicherheit bezogen hatte.

Die Gerüchte kamen von Dagmars Mutter her. Sie hatte das Zeugnis in der Nachbarschaft herumgezeigt und von Dagmars Tüchtigkeit und Tugend war ein wildes Gerede entstanden. Die Dagmar-Partei hatte zu dem Trampse der Schönheit noch den Tag der Tugend in die Hand bekommen; sie vermehrte sich von Tag zu Tag, und ihre Anhänger schwammten in Ranne. Als der Gerichtssekretär zu ihnen übergehen wollte, wollten sie ihn nicht einmal haben.

Im Lager eines schönen Frauenzimmers können wir nur Männer brauchen,“ sagte der Zahnarzt, und der Gerichtssekretär blühte reichlich zu den Lischen hinüber, wo die andern saßen.

Es versteht sich von selbst, daß eine gehörige Dosis Eifersucht noch rege blieb. In der Dagmar-Partei war viel jugendlicher Eifer, besonders der linke Flügel, der von dem Referendar Westphal geführt wurde, zeichnete sich in diesem Punkte durch eine halbherzige Betragenheit aus. Von offener und besonnenen Leuten hatte man nicht allzuviel. Das Blut der Engelbrechts war zu bekannt, als daß man nicht Überlegungen heftigen sollte, und mit den Gerüchten von der Tugend liefen die Ratsamungen eines reichen Verhältnisses parallel. Jugendliche besondere Bewandnis mußte es mit Dagmar ohne Zweifel haben; das fand in allen Lagern fest. Der Nachrichtenendienst des Städtchens fieberde geradezu über etwas Endgültiges und Genues erfuhr man von dem Kieker Tugendklub nun doch nicht.

Ein Handlungsreisender brachte schließlich die Erlösung; er sah im Hotel beim Nachmittagskaffee, als am Abend eine der vielen Diskussions gesprungen wurde. Sein Interesse war sofort rege, weil es um ein schönes Frauenzimmer ging, und die Einzelheiten fehlten ihm willig in den Sachverhalt ein. Als er hörte, daß der Tugendklub in Kiel eine entscheidende Rolle spielte, erlaubte er sich nach dem Haus, in dem Dagmar gewohnt sein sollte; er war aus Kiel gekommen und hatte dort jahrelang in Gesellschaft zu tun. Man warnte ihn vor dem Haus des Hauses, und nun ließ er plötzlich einen langen und tiefen Seufzer hören. Er dachte an das Hotel, er dachte an den Seufzer, er dachte an Dagmar und konnte den verführerischen Gedanken die kühnsten Schritte

zung geben, daß bei diesem hübschen Mädchen absolut nichts zu wollen sei. Alle seien sie nach ihr aus gewesen, aber nicht einer habe auch nur das mindeste bei ihr erreicht. Übrigens sei es ein sehr solides und angelegenes Haus gewesen, in dem man nicht eine Spur von Inzivilität gebildet haben würde. Dagmar sei vom Besitzer und von allen Gästen wie ein Kind des Hauses behandelt worden; mit der Frau des Hauses sei sie zusammen auf Bälle gegangen, und niemand habe sichlich riskiert, ihr auch nur mit einer Andeutung nahezutreten. Geschenke habe sie genug erhalten, weil jeder sie gern gehabt hätte; aber auf irgendwelche Gegengeschenke habe dabei kein Mensch gerechnet. Sie sei nicht nur viel bewundert worden, sie sei auch sehr geachtet gewesen und habe in Kiel den denkbar besten Ruf hinterlassen. Damit war nun endlich das Geheimnis heraus und die Dagmar-Partei gewann so völlig die Oberhand, daß auch die ältern und grämlichen Leute nichts mehr einzuwenden wagten. Die Stimmung war einfach sensationell geworden. Was der Handlungsreisende an Tatsachen vorgebracht hatte, wurde von der allgemeinen Begeisterung noch verstärkt und ausgeschmückt und erschien schließlich in einem fast märchenhaften Glanz. Man erfuhr und erzählte wahrhaft romantische Züge von den Huldigungen, die man in Kiel der Tugend und der Schönheit Dagmars zu Füßen gelegt hatte. Der Zahnarzt schwamm in einem Meere von Ranne.

„Gott sei Dank“, meinte er, „wir brauchen unsere Meinung über Dillen nun doch nicht zu ändern; er ist ein Edel und bleibt ein Edel. Dagmar stammt zwar von der Familie Engelbrecht ab, aber sie hat mit dieser Familie nicht das mindeste zu tun. Das konnte Dillen nicht sehen; aber ich sah es damals an den ersten Blick.“

Wenn Dagmar am Vormittag zum Baden ging, rebellierte niemand mehr und Arel Halvorsen hatte sie gar gerügt, wie er sonst nur wirkliche Damen zu grüßen pflegte. Der Referendar Westphal hatte in gehobener Stimmung geäußert, daß ihm die eine Dagmar lieber wäre als alle drei Töchter des Landrats zusammengekommen. Dafür hatte er nun zwar vom alten Amtsgerichtsrat unter vier Augen einen kollegialen Beweis erhalten; aber auch dieser alte Herr meinte schließlich, daß man sich über das Wohlverhalten des jungen Mädchens ja nur freuen könne. Ein allgemeiner Tugendklub hatte von den Bewohnern des Städtchens Besitz ergriffen. Ein angeheuerter Triumph hatte stattgefunden: aus dem Haus Engelbrecht war die Tugend hervorgegangen. Man magte dieses Mädchen doppelt achten, weil sie unter so schwierigen Verhältnissen den Sieg errungen hatte. „Dreifach“, pflegte der Zahnarzt zu sagen, „wenn jemand diese These vertritt.“

Nachdem Dagmars guter Ruf in einwandfreier Weise festgestellt war, begann das Interesse, das man ihr von Anfang an entgegengebracht hatte, eine völlig neue Wendung zu

nehmen. Die Hoffnung auf nächtliche Liebesabenteuer hatte man aufgegeben; dafür war sie nun aber ein Menschenkind geworden, mit dem man sich sehr gut auf offener Straße sehen lassen konnte. Unter den jungen Handlungsgehilfen begann ein förmlicher Wettlauf und Dagmar sah sich bald von Kavaliern umringt, die sie auf Segelpartien und Ausflügen mitzunehmen wünschten. Die Herren, die eine gesellschaftliche Stellung zu verlieren hatten, hielten sich freilich fern, es waren aber doch anständige Leute, mit denen Dagmar nun die blaue Offize und die schöne Umgebung zu genießen begann. Bei diesen Partien zeigte es sich übrigens, daß sie durchaus nicht ohne Selbstbewußtsein war. Die jungen Elemente erhielten schlaunweg einen Korb; sie ließ als Begleiter nur solche Herren zu, die entweder ihrem Alter nach oder durch andere Umstände eine mehr als gewöhnliche Position innehatten. Damit aber war die Brücke zu den Herren aus der oberen Schicht auch geschlossen. Es erregte wohl ein gewisses Aufsehen, als der Zahnarzt und der Referendar Westphal eines schönen Tages mit ihr in See stiegen, etwas Greifbares aber fand niemand dagegen einzuwenden, und in den mittleren und unteren Schichten herrschte sogar ein gewisses Gefühl der Befriedigung; der Zahnarzt und der Referendar waren durch ihr Eintreten für Dagmar längst zu populären und vielgenannten Persönlichkeiten geworden. Es war schließlich nur in der Ordnung, daß sie auch in dieser Frage die Führung ergriffen. Als später der Vorstoß der Engel-Apotheke den gleichen Schritt unternahm, wurde gar keine Anmerkung mehr gemacht. Im Gegenteil: er konnte sich freuen, daß er in der Gesellschaft Dagmars weilen durfte. Dagmar aber war für die Handlungsgehilfen fortan überhaupt nicht mehr zu haben.

In einer sonnigen Mittagsstunde, als sie von ihrem gewohnten Bade zurückkehrte, kam ihr unten auf der Schiffbrücke Arel Halvorsen entgegen. Arel grüßte höflich und fast respektvoll. Sie glänzte in einem sehr eleganten Sommerkostüm, und Arel war Kavaliere genug, um der faszinierenden Erscheinung halb unbewußt zu unterliegen. Dagmar pflegte dann und wann dem Städtchen einen flüchtigen Schimmer ihrer Schätze zu zeigen, aber immer nur, um ihn sofort wieder verschwinden zu lassen; sie war zu klug, um durch Prästitionen in der Kleidung den Unwillen der anderen zu erregen. Arel aber sah ihr mit überraschten Augen nach. In diesem jungen Wesen war nichts mehr von einer Sonne oder einer Kammerjungfer; das war eine elegante und sichere Großstädterin, neben der die andern Damen alle einen provinziellen Anstrich erhielten. Geschieden denn wirklich nach Mund? Und kamen diese Wunder in diese kleine Stadt? Arel mochte den banalen Bekannten nicht mehr sehen, den er hatte aufsuchen müssen. Er schritt träumend seinem kühlen Arbeitszimmer entgegen.

(Fortsetzung folgt.)

Totenliste der Partei. Genosse Marietton, Kammerdeputirter von Lyon, ist am verfloßenen Mittwoch im Alter von noch nicht 54 Jahren verstorben. Gen. Marietton lag schon seit einigen Monaten krank darnieder und war auch verhindert, bei den verfloßenen Kammerwahlen im Wahlkampf tätig zu sein. Am 10. Mai siegte er in der Stichwahl über den Progreflisten Dr. Augras. Leider überlebte er seinen Wahlsieg nur um einige Wochen.

Das von der Berner Verständigungskonferenz gewählte, aus deutschen und französischen Parlamentariern zusammengesetzte Komitee tagte am Freitag und Sonnabend vor Pfingsten in Basel im Hotel „Zu den drei Königen“, um auf dem Wege einer Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich weitere Schritte zu unternehmen. Das Komitee, das von der Kantons-Regierung und von der Verwaltung der Stadt Basel offiziell begrüßt wurde, hat erfolgreiche Arbeit geleistet. Nachdem am Freitag die beiden nationalen Sektionen getrennt getagt hatten, wurde am Sonnabend in gemeinsamer Sitzung recht bald folgende Resolution einstimmig angenommen:

Beim Gesmäh, das nach der Sitzung gegeben wurde, hielten Konrad Hausmann und d'Estournelles de Constant Reden, in denen sie die Fortschritte der Verständigungsidee feierten. Regierungsrat Mosher, der die Delegierten im Auftrage der Stadt Basel begrüßt hatte, wies auf das große intellektuelle moralische und ökonomische Interesse hin, das die Schweiz und besonders die Stadt Basel daran habe, daß die Beziehungen zwischen den beiden Nachbarmächten sich immer herzlicher gestalten.

Die rechtsstehenden Blätter, die zurzeit von Würgelgeist

pfung der Sozialdemokratie, die sich allerdings unendlich bemüht, den Kriegshekern und Rüstungsfanatikern die Maske vom Gesicht zu reißen und der Menschheit den Völkerfrieden zu sichern. Deshalb ist auch der Verlauf der Konferenz mit lebhafter Freude zu begrüßen.

der bedeutendsten, der H. Schindl & Co. L.-G. Mannheim-Hamburg. Es ist eine viel zu wenig beobachtete Tatsache, daß die Margarinepreise in den letzten Jahren durchaus der Steigerung der Butterpreise gefolgt sind. Das hat nicht seine Ursache darin, daß die Produktion dem Konsum etwa nicht nachkomme, also eine Art Margarineknappheit herrsche, sondern

„In den Jahren 1912 und 1913 haben sich dieselben Firmen, die angeblich den deutschen Margarinehandel monopolisieren wollen, heftigen Angriffen ihrer Konkurrenz ausgesetzt gesehen, weil sie die Preise ihrer Erzeugnisse nicht erhöhen wollten.“

Zu den Gesellschaften, die heute im deutschen Schutzverband vereinigt, in den letzten Jahren mit den Ausländern gemeinsam die Preise hochtreiben wollten, gehört auch die Schlind- & G. des Herrn Bassermann! Trotzdem hofft Herr Bassermann, daß die deutschen Konsumenten ihm helfen werden, die ausländische Konkurrenz zu vernichten. Herr Bassermann schätzt auch hier wieder die Arbeiter falsch ein!

Die jetzt vorliegenden Meldungen, die wohl als definitive anzusehen sind, bestätigen leider, daß das Schiffsunglück auf dem Vorenzstrom über 1000 Menschen das Leben gekostet hat. Die wohl von allen geteilten Hoffnungen, daß es einer großen Anzahl Passagiere gelungen sei, sich zu retten, sind zusehends geworden. Die Fluten haben sich wieder über ein Massengrab geschlossen.

Offiziell wird jetzt die Zahl der bei dem Untergang der „Empress of Ireland“ umgekommenen Personen auf 1032 angegeben. Gerettet sind 18 Passagiere erster und 132 zweiter und dritter Klasse sowie 206 Mannschaften. Die Berichte stimmen darin überein, daß keine Panik auf der „Empress“ herrschte. Alle wurden durch den furchtbaren Schrecken vollständig gebannt. Von den Geretteten sind viele schwer krank. Bisher sind 300 Leichen geborgen. Ein siebenjähriges Mädchen erreichte durch Schwimmen ein Boot, während seine Eltern ertranken. Ein zehnjähriges Mädchen erzählte, daß es und seine Mutter sich an einem Holzstück festhalten konnten, während der Vater ertrank. Der Oberst der Heilsarmee Keefe weigerte sich, von Bord zu springen, und sank mit Frau und Kind unter mit den Worten: „Gott, Dein Wille geschehe!“ Der erste Offizier der „Empress“ wurde von einstürzenden Trümmern des Schiffes erschlagen. Der Kapitän stand bis zuletzt auf der Kommando- brücke und wurde dann von den Wassern heruntergespült.

Der Dampfer „Storkab“ ist am ersten Springittag wenig beschädigt in Montreal angekommen. Er hatte 350 Personen gerettet.

links der „Storstad“ im Nebel sichtbar geworden, sie habe grünes Licht gezeugt und ziemlich schnelle Fahrt gelaufen. Die Maschinen der „Storstad“ hätten gekloppt und schon still gestanden, als die Schiffe zusammenstießen. Es sei gefolgt worden, die „Storstad“ hätte nicht rückwärts aus dem Riß herausfahren sollen: sie habe dies auch nicht getan. Als

Nach einem weiteren Bericht des Kapitäns Kendall von dem Zusammenstoß passierte der Dampfer „Empress of Ireland“ Rimouski 1½ Uhr nachts. Damals herrschte auf der Fahrt kein wirklicher Nebel. Dann aber verdickte sich das Wetter zu starkem Nebel. Kapitän Kendall stand auf der Kommandobrücke. Er ordnete langsame Fahrt an. Plötzlich erkannte er die Lichter eines näherkommenden Dampfers und gab Befehl zum Stoppen und Pfeiffsignale, die der Dampfer mit „Verstanden“ beantwortete. Als diese ersten Anordnungen getroffen waren, waren die Schiffe noch ungefähr zwei Meilen auseinander. Als die Schiffe sich näherten, standen die Maschinen der „Empress of Ireland“ völlig still, aber da sein Dampfer die Fahrt nicht völlig verlor, befahl Kendall langsam rückwärts. Der Dampfer „Storstad“ fuhr direkt auf den Passagierdampfer los. Man vermutet, daß der Kapitän Andersen glaubte, er könne noch an dem Bug des großen Dampfers vorbeikommen. Seine Absicht wurde nicht erkannt. Nun ereignete sich folgendes: Der Dampfer „Storstad“ kam näher und näher. Das Vorbeifahren gelang ihm jedoch nicht mehr. Der Bug des „Storstad“ bohrte sich in die Steuerbordseite der „Empress of Ireland“ mittschiffs hinein und der Bug des schwerbeladenen Kohlendampfers zerriß die Dampferplatten. Dann gab der Dampfer „Storstad“ rückwärts Dampf und drehte bei. In der „Empress of Ireland“ klappte ein tiefer Riß, wodurch das Wasser rasend eindrang.

Der Schiffsarzt Dr. Grant der „Empress of Ireland“, einer der Geretteten, gibt über den Verlauf des Unglücks folgende Darstellung:

Ich ahnte nichts von der Katastrophe, bis ich dadurch, daß das Schiff sich nach der Katastrophe auf die Seite legte, aus dem Bett geworfen wurde. Das Licht war abgeschnitten, von überall her hörte ich die Schreckensschreie der in ihren Kabinen gefangenen Passagiere. Zu gleicher Zeit führte das Wasser in Strömen in meine Kojen. Endlich gelang es mir, meine Kabine dadurch zu verlassen, daß ich die Wand entlang kletterte, die jetzt die Diele bildete. Ich fand das runde Fenster und steckte den Kopf heraus. Ich sah, daß viele Passagiere und Matrosen auf der Seitenwand des Schiffes standen, die gänzlich horizontal stand. Einige Stewards, die ich auf der Hinreise, als sie fesselt geworden waren, in ärztlicher Behandlung hatte, zerrten mich aus dem Loch heraus. Wenige Minuten später sank das Schiff unter unseren Füßen weg. Wir wurden durch den Strudel unter Wasser gezogen, ich tauchte jedoch bald auf und schwamm der „Storstad“ zu. Drei Mädchen und ein alter Mann, ihr Vater, die mit mir zugleich ins Wasser gestürzt waren, schwammen mit mir zusammen auf den norwegischen Dampfer zu. Zwei von den Mädchen wurden gerettet. Die dritte und ihr Vater ertranken. Eine der Geretteten sagte mir an Bord der „Storstad“, daß sie kaum Zeit gehabt hatte, einen Rock überzuwerfen, als sie ihr Vater auf Deck trug. Als sie mit mir ins Wasser fielen, stürzte die eine aus den Armen ihres Vaters. Sie fand eine Pflanze, an der sie sich anklammerte und wurde gerettet. Als sie an Land gebracht wurden, waren die beiden Mädchen überglücklich, ihre Mutter am Ufer zu finden, die in einem Rettungsboote Platz gefunden hatte. Die Katastrophe ereignete sich wenige Minuten vor 2 Uhr morgens. Der Nebel war undurchdringlich, als um 1 Uhr 52 die Lichter der „Storstad“ zuerst gesichtet wurden. Kapitän Kendall gab drei Pfeifensignale, die „Storstad“ antwortete zum Zeichen, daß sie die Gegenwart der „Empress of Ireland“ bemerkt hatte. Kapitän Kendall signalisierte: „Ich bleibe stehen!“ aber die „Storstad“ fuhr heran. Kendall befahl: „Wolke am pfe rückwärts!“ aber zu spät. Der Kanadadampfer war mittschiffs gerammt. Die Maschinenräume waren bis auf die Schraubenwelle aufgerissen. Die „Storstad“ ging um ein Kilometer langsam zurück, während die „Empress“ sich in wenigen Minuten auf die Seite legte. Man konnte nur den Versuch machen, die Rettungsboote auf der betreffenden Seite flott zu machen, da es unmöglich war, die in die Höhe starrenden Rettungsboote auf der anderen Seite zu erreichen. Viele Passagiere ertranken in ihren Kabinen wie die Ratten, da es ihnen unmöglich war, die Türen zu öffnen. Andere, die sich aus den Kabinen befreit hatten und die Bauart des Dampfers nicht kannten, verirrten sich und gerieten statt auf Deck nur noch tiefer in das Innere, wo sie von der Flut überholt wurden. Die „Storstad“ rettete eine große Anzahl, die später von der „Lady Evelyn“ übernommen wurden. Neun von ihnen starben noch unterwegs vor Er schöpfung. Es war die grausigste Nacht, die ich je erlebte, trotzdem ich zwei Schiffbrüche bereits erlebt habe.“

Der „Wulff“ erhielt sofort nach dem Zusammenstoß Befehl erhalten, Gefahrsignale auszusenden und auch eine Antwort aus Gathers Point erhalten. Weitere Mitteilungen waren unmöglich, weil fünf Minuten später die Dymos versagten und 17 Minuten nach der Kollision das Schiff versank. Der Zwischenbefeher Samler erzählt: Die „Empref“ lag in Irland“ legte sich sofort zur Seite, und das Wasser ergoß sich in Strömen ins Zwischendeck. Die „Empref“ habe den Kapitän des Kohlenstoffes nach der Kollision gebeten, nicht abzustößen, sondern seinen Bug im Rücken des gerammten Schiffes zu halten. Das Kohlenstoffschiff hat trotzdem seine Maschine zurückgewendet und ist von der „Empref“ abgestoßen. Darauf füllte sich die „Empref“ mit Wasser und sank sofort. Soviel bekannt ist, hatte die „Empref“ des Nebels wegen beigelegt, um den Tagesanbruch abzuwarten, als der „Storstad“ sie mit Dampf rampte.

Aus Halifax wird gemeldet: Ein geretteter Passa-

gier namens Duncan gab eine patende Schilderung der entsetzlichen Scene nach dem Zusammenstoß. Er sagt: Von Anfang an hieß es: „Kette sich, wer kann!“ Frauen und Kinder schrieten, jammerten, beteten und rannten verzweifelt umher, bis sie ins Wasser gefegt wurden. Ein wahrer Menschenkainuel kämpfte in den Fluten mit dem Tode. Fünf Menschen klammerten sich an ihn. Er mußte sich gewalttham losringen. Gleich nach dem Zusammenstoß wurde ein Boot herabgelassen, um den Schaden festzustellen, doch der Dampf legte sich sofort auf die Seite. Die Mannschaft machte Kiejenanstrengungen, um die Boote flott zu kriegen. Viele wurden dabei verlegt. Der Mannschaft des „Storstad“ ist es zu verdanken, daß überhaupt eine Anzahl der Schiffbrüchigen gerettet wurde.

vor, aus denen wir entnehmen, daß gleich nach dem Zu-

suchung ergeben; es ist deshalb u. G. verkehrt, jetzt diesen oder jenen als Schuldigen zu bezeichnen.

Viele Leichen wurden mit hochgesteckten Armen geborgen. Mit der „Empress of Ireland“ versanken auch 1000 Silberbarren in den Fluten.

Aus Rimonski wird gemeldet, daß der Kapitän Kneball von der „Empress“ infolge des halbständigen Aufenthalts im Wasser im Sterben liegt.

Die Canadian Pacific-Gesellschaft hat an den Kapitän Anderson vom „Storstad“ eine Forderung auf Schadenertrag in Höhe von acht Millionen Mark gerichtet.

Die Unfallstelle liegt, wie schon berichtet, nicht auf offener See, sondern noch in dem St.-Lorenz-Strom, der sich bei der Stadt Quebec merkwürdig erweitert. Der Strom besitzt bei Father Point eine Breite von 70 Kilometern bei einer Tiefe von 346 Fuß. Der Schiffsverkehr ist auf diesem wichtigen Strom, der von den bedeutenden Handelsplätzen Hamilton, Toronto, Montreal und Quebec (Kanada) und Buffalo und Rochester (Ver. Staaten) die überseeischen Frachten empfangt, ganz gewaltig. Bei dem lebhaften Verkehr und dem häufigen starken Nebel, der dort herrscht, sind Kollisionen von Dampfern keine Seltenheit.

Frühere Katastrophen der Seeschiffahrtsgeschichte.

Das bisher größte Schiffsunglück ist das der „Titanic“ am 12. April 1912 gewesen, bei dem 1635 Menschen umkamen. Von den anderen großen Schiffskatastrophen seien erwähnt: Der Untergang der „Royal George“ im Jahre 1782, bei dem 900 Passagiere ihr Leben verloren. 1811 riefen bei Island die Schiffe „St. George“ und „Defence“ zusammen; nicht weniger als 1400 Menschen, die gesamten Passagiere beider Schiffe, fanden den Tod in den Wellen. 560 Personen gingen 1873 mit der „Atlantia“ bei Neuschottland, 650 mit dem Kriegsschiff „Prinzess Alice“ 1878 in der Themse, 700 drei Jahre später mit dem englischen Dampfer „Victoria“ an der kanadischen Küste unter. Mit 574 Auswanderern scheiterte 1891 die italienische „Utopia“, mit 500 Menschen explodierte 1896 der japanische Transportdampfer „Kuangjing“ bei Kinkian. Am 6. Mai 1902 sank mit 739 Seelen die „Camorta“ im Golf von Bengalen. Ähnliche Katastrophen aus der jüngsten Vergangenheit sind: der Untergang des Bergungsdampfers „General Slocum“ im New Yorker Hafen, der 1000 Menschenleben forderte. Dasselbe Schicksal ereifte das norwegische Auswandererschiff „Vorgu“, das mit 600 Passagieren unterging. Deutschland wurde von der Katastrophe der „Eibe“ schwer betroffen, wobei gegen 400 Menschen umkamen. Zum Schluß sei noch erwähnt das Unglück des „Volturno“ am 9. Oktober 1913, bei dem 131 Menschen ihr Leben verloren haben.

Verbandstag der Holzarbeiter.

In der Diskussion über die Werftarbeiterbewegung kamen laut Bericht nur drei Delegierte aus den Werftorten und drei aus dem Binnenlande zum Wort. Jeder Redner verteidigte seinen Standpunkt: Einmütigkeit herrschte jedoch darüber, daß das Niederlegen der Arbeit verkehrt war. Eine Resolution, welche das Verhalten der Werftarbeiter verurteilt, wurde zurückgezogen.

Bei der Abstimmung wurde die Resolution Steinmanns, in der der Verbandstag erklärt, daß in bezug auf die Forderung der Lohnbewegungen keinerlei Anlaß zu einer Änderung der grundsätzlichen oder tatsächlichen Haltung vorliegt, einstimmig angenommen.

Der Verbandstag nahm die Vorstände und Gewerkschaften an, daß sie der Forderung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in kleineren Orten und rückständigen Industriebezirken ein besonderes Augenmerk widmen, sowie Lohnbewegungen solcher Zahlstellen vor allen anderen bevorzugen. Bei Genehmigung von Lohnbewegungen durch den Verbandstag sollen vor allen Dingen die Orte berücksichtigt werden, wo eine längere als zehnjährige Arbeitszeit besteht. Der Frage der Arbeitszeiterhöhung soll bei Tarifabschlüssen eine noch größere Aufmerksamkeit zugewandt werden, als bisher. Die Einführung von Arbeiterferien erachtet der Verbandstag als eine dringende Forderung. Bei künftigen Tarifabschlüssen soll dieser Frage mehr Beachtung geschenkt werden. Der Beschluß des letzten Verbandstages bezüglich des freien Sonnabendnachmittags wurde erneuert. Von den Säulen der Bremerhavener Ortsverwaltung, die anlässlich des Werftarbeiterstreiks entstanden, werden 10 000 Mark auf die Hauptkasse übernommen.

Der Verbandstag beschloß weiter, daß bei Lohn- und Tarifbewegungen für alle örtlichen Stützungen und Verhandlungen die Entschädigungen aus der Kasse zu decken sind. Die Hauptkasse trägt die Kosten für alle zentralen Verhandlungen und aus Anlaß von Lohnbewegungen notwendigen Konferenzen, die vom Vorstand einberufen oder angeleitet werden. Etwasige Ausnahmen hiervon unterliegen der Entscheidung des Vorstandes.

Damit waren die Punkte Lohnbewegungen und Werftarbeiterstreik erledigt.

Zum Punkte Statutenberatung wurde bestimmt, daß keine Beitragserhöhung eintritt und daß Mitgliederbeiträge am Arbeitsort entrichtet werden müssen und Innalidität von der Beitragspflicht befreit. Der Antrag des Vorstandes, wonach die Arbeitslosenunterstützung von 6 auf 7 Wochen erhöht werden soll, wurde gegen wenige Stimmen angenommen. Arbeitsunterbrechung (Aussehen), die über 8 Tage dauert, soll als Arbeitslosigkeit betrachtet werden. Die übrigen angenommenen Anträge haben weniger allgemeines Interesse. Nur ist noch zu erwähnen, daß auch die Dauer des Bezuges von Reisegeld unter Abhängigkeit des Kilometergeldes anderweitig geregelt wurde. Anträge, die auf eine Erweiterung des Bestimmungsrechtes der Mitgliedschaften hingen, wurden zum Teil zurückgezogen, zum Teil abgelehnt. Von den vorliegenden Anträgen zur Streitunterstützung wurde der folgende vom Gau Hamburg gestellte Antrag angenommen: „Berührende Streitende, die während des Streites unter Zurücklassung der Familie abreisen, erhalten im Bedarfsfalle für diese eine Familienunterstützung, welche die Hälfte der Streitunterstützung beträgt.“

Die Einsetzung eines Beirates wurde abgelehnt, dagegen beschlossen, daß zu den Konferenzen, die bisher mit den Gewerkschaften abgehalten wurden, auch die leitenden Lokalbeamten teilnehmen müssen. Dem nächsten Verbandstag soll eine andere Regelung der Delegiertenwahl vom Vorstände vorgeschlagen werden.

Verbandstag der Staats- und Gemeindearbeiter.

Nach einer Erhöhung der Gehälter wurde die Statutenberatung vorgenommen. Die zahlreichen Anträge und Änderungsbeschlüsse haben durchweg untergeordnete Bedeutung. Übertritte aus den dem Internationalen Sekretariat angehörenden Organisationen sollen vom Eintrittsgeld befreit sein. Bei der Wahl zum Verbandstag wählt jeder Wahlbezirk für 500 Mitglieder einen Delegierten. Diese Bestimmung soll in Zukunft lauten: Jeder Wahlkreis wählt für je 600 zahlende Mitglieder einen Delegierten. Ist die Zahl der Mitglieder nicht durch 600 teilbar, so ist für die überschüssige Zahl, wenn dieselbe 400 und mehr beträgt, ein weiterer Delegierter zu wählen. Nichtal mit 400 und mehr zahlenden Mitgliedern werden zu selbständigen Wahlkreisen bestimmt.

Am letzten Tage wurde ein Antrag auf Verlegung des Verbandstages von Stuttgart nach Hamburg mit 48 gegen 85 Stimmen abgelehnt. Vor jedem Verbandstag soll eine Statutenberatungskommission zusammentreten. Die internationale Verbindung hat sich nach einem Referat von Moß gut vorwärts entwickelt. Nach einem Referat Dittmers über das Koalitions- und Streikrecht wurde folgende Resolution angenommen: „Der 7. Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter erhebt schärfsten Protest gegen die geplanten und neugegründeten Koalitionsrechtsbeschränkungen im Straßengesetz, im Entwurf zum bayerischen Gemeindebeamtengehalt sowie in der überaus willkürlichen polizeilichen Auslegung und Handhabung des Vereinsgesetzes. Der Verbandstag, als die Vertretung von 54 000 organisierten Gemeinde- und Staatsarbeitern, hält die vollständige Anerkennung des Koalitions- und Streikrechts aller Arbeiter öffentlicher Betriebe für unbedingt erforderlich, sollen nicht die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fortschritte dieser Arbeiterkategorien schweren Schäden erleiden. Die beste Gewähr gegen Streiks in öffentlichen Betrieben erblickt der Verbandstag in der vollen Anerkennung der Organisation, wodurch ein Mitbestimmungsrecht bei Festlegung und Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse geschaffen wird. Die Unterstellung aller Arbeiter öffentlicher Betriebe unter die Bestimmungen der Gewerbeordnung ist ferner dazu angehen, den gewerblichen Frieden zu erhalten. Wirksamste Abwehrmaßnahme gegen alle Koalitions- und Streikrechtsbeschränkungen ist der feste Zusammenschluß aller Arbeiter öffentlicher Betriebe in einheitlicher Organisation. Der Verbandstag fordert alle Mitglieder zu reger Mitarbeit unter den Unorganisierten auf, um so allen Feinden des Koalitionsrechts die Spitze bieten zu können.“

Der nächste Verbandstag wird in Nürnberg abgehalten. Damit waren die Arbeiten erledigt.

Aus der Jugendbewegung.

Die Geister, die sie riefen . . . Die patriotische Jugendbewegung mit ihrem militärischen Drill verurteilt jetzt schon bei den Gegnern der proletarischen Jugendbewegung ganz erhebliches Magedruden. Zuerst traten die Handwerksmeister gegen die meist überaus großen Strapazen bei den „Schlachtspielen“ der patriotischen Jugendbewegung auf, weil ihre Lehrlinge, soweit sie daran teilnahmen, an den Tagen nach solchen Übungen einfach untauglich zur Arbeit waren und dabei einfielen. Zu ihnen gesellt sich jetzt die Kirche. So schreibt ein katholisches oberkirchliches Blatt aus Zabrze: (Das „Nachtgeschicht“ der Pfadfinder.) Die nächsten „Abendmärsche“, „Gefechte“ und sonstigen „Schauspiele“ nach militärischer Art scheinen sich bei den Pfadfindern immer mehr einzubürgern. Erst im vergangenen Jahre hatten wir Gelegenheit zu beobachten, wie Pfadfinder an einem Sonntagmorgen 6 Uhr von einem bei Mathesdorf abgehaltenen Bivak heimkehrten, in einer Zeit, als die Straße bereits mit Kirchgängern gefüllt war. Trotz des gegen diese Unruhe öffentlichen erhobenen Protestes haben die „Umzüge“ in den Sonntagmächten nicht nachgelassen, obwohl es den Führern der Pfadfinderabteilungen bekannt sein mußte, daß dergleichen Veranstaltungen in den Sonntagmächten geeignet sind, die Kinder vom Kirchenbesuch fernzuhalten und sie dadurch an der Ausübung ihrer religiösen Pflichten zu hindern. Eine solche Nachübung fand auch in der Nacht zum letzten Sonntag statt. Die Kinder marschierten von hier aus über Mathesdorf, Sosniza, Mafeschan, Preiswitz, Chudow nach Kunzendorf und dann dieselbe Strecke wieder nach Zabrze zurück, wo sie nach 4 Uhr morgens eintrafen. Außer dem langen Dauermarsch wurden unterwegs noch „Gefechtsübungen“ vorgenommen. Auch Gleimwitzer Pfadfinder sollen sich dem „Trupp“ angeschlossen haben; durch Gesang und Spiel der Trommler und Pfeifer, so heißt es in dem Bericht, verging die Nacht schnell. Jawohl, aber auch der Sonntagvormittag verging durch Schlaf und die Müdigkeit der Kinder noch schneller, und es wäre interessant zu hören, wieviel jener Pfadfinder soweit sie Kinder katholischer Eltern sind, den Gottesdienst mit gebührender Andacht oder überhaupt demselben beigewohnt haben. Im übrigen sind aber auch solche „Übungen“ durchaus unmilitärisch, denn niemand wird behaupten wollen, daß dergleichen Geländebewegungen in den Sonntagmächten bei Friedenszeiten vorgenommen werden.

Die Sorge um die Gesundheit der Jugend liegt den Handwerksmeistern und der Kirche weniger am Herzen, als das Schwänzen des Kirchenbesuches und die ungenügende Ausbeutung der Arbeitskraft. Deshalb machen beide Fronten gegen die Auswüchse der patriotischen Jugendbewegung. Tatsächlich ist aber die blöde Kriegsspielerei nicht allein vom kulturellen, sondern auch vom militärischen Standpunkt aus ein großer Unfug.

Die Auflösung der Stuttgarter Jugendorganisation. Durch eine Verfügung der Verwaltung des württembergischen Reichsausschusses in Stuttgart ist die Stuttgarter Jugendorganisation für politisch erklärt und aufgelöst worden.

Gewerkschaftsbewegung.

Zum Kasseler Brauereiarbeiterstreik. Den Kasseler Brauereien brennt die Rot um gewandte Arbeitskräfte auf den Füßen; dies wird bewiesen durch die Suche nach „nicht-organisierten“ Brauereiarbeitern in allen Teilen Deutschlands. In dem Briefe an einen „Unorganisierten“ verspricht die Braue-

rei A. Kropp 29,50 M. Wochenlohn und außerdem 6 M. Stiefgeld. Der Kausreifer muß sich verpflichten, vorläufig auf dem Brauereigrundstück zu bleiben und sich verpflichten zu lassen. — In Essen glaubte ein Streikbrecheragent Lange acht Arbeitswillige für Kasse gebunden zu haben, die er mit Lebensmitteln für die Reise versorgte. Trotz vieler Versprechungen verzichteten aber die Angeworbenen auf die Reise nach Kassel. Daß die Polizei es als ihre heiligste Aufgabe betrachtet, Kapital und Kausreifer zu schützen, wurde schon berichtet, jedoch werden dazu nicht nur uniformierte und Kriminalbeamte verwendet, sondern seit einigen Tagen auch Polizeihunde, und es ist geradezu skandalös, was sich Steuerzahler — denn Arbeiter sind das doch in hohem Maße — bieten lassen müssen.

Aus dem Gerichtssaal.

Vom militärischen „Beschwerderecht“. Vor dem Kriegsgericht der 16. Division in Trier fand dieser Tage eine Verhandlung statt, die geradezu gebieterisch die Notwendigkeit einer Reform des militärischen Beschwerderechts in Erscheinung treten ließ. Angeklagt war ein Sergeant vom 7. Jäger-Regiment wegen Mißhandlung eines Untergebenen im Dienste; er hatte beim Exerzieren am 15. Mai drei Rekruten Hänge, der ohne Verjagung nicht rasch in den Sattel kam, zu sich heranreizen lassen und verfeigte ihm eine derartige Ohrfeige, daß Hänge heftig blutete. Dieser Tatbestand wurde vom Angeklagten nicht bestritten. Der Rittmeister des Angeklagten, ein Herr v. Haeseler, sagte als Zeuge aus, der Angeklagte könne nur in der Erregung sich zu der Straftat haben verleiten lassen. Da Hänge arg blutete, wollte er dies dem die Aufsicht führenden Offizier melden, damit er austreten könnte. Da aber sagte der Angeklagte zu Hänge: „Wenn Du das meldest, dann schlag ich Dir die Knochen kaputt!“ Das Gericht führte die Rohheit des Sergeanten und die unerhörte Bedrohung des Rekruten mit 18 Tagen Mittelarrest. In der Begründung des Urteils wurde hervorgehoben, daß namentlich die Bedrohung deshalb nur mit sechs Tagen bestraft worden sei, weil das Verhalten des Rekruten, der sich sofort beschweren wollte, so durchaus unmilitärisch war, er hätte bis zum anderen Tage warten sollen. Möglicherweise ist der mißhandelte Rekrut auch noch disziplinarisch bestraft worden, und daß er seiner weiteren Dienstzeit nicht ohne Zuredt entgegensteht, dafür gab schon die Gerichtsverhandlung den Beweis: Der als Zeuge erschienene Rittmeister v. Haeseler lobte nicht nur in allen Tonarten die vorzüglichen Eigenschaften des Angeklagten, er stellte auch den mißhandelten Rekruten in ein möglichst ungünstiges Licht, sodaß der arme Rekrut nach Verurteilung des Urteils vor das Gericht trat und bat, man möge den Angeklagten nicht so hart bestrafen.

Aus Nah und Fern.

Grubenkatastrophe in England. Ein schweres Grubenunglück meldet der Telegraph aus Silkstone. In dem Kohlenbergwerk Wharmcliffe hat am Sonnabendnachmittag eine Explosion schlagender Wetter stattgefunden. Elf Personen wurden dabei getötet.

Von Andrees Spuren nichts bekannt. Wie die Behörden von Arkutsk berichten, ist dort weder über die Auffindung des Ballons von Andree noch über den Fund von menschlichen Skeletten etwas bekannt.

Verhaftete Autoasachen. In Montpellier wurden zwei 19jährige Burschen namens Laroche und Mauraue verhaftet, die in der Nacht zum Sonnabend eine Autodroste gemietet und den Chauffeur durch fünf Revolverschläge lebensgefährlich verletzt hatten, um ihn auszurauben.

Fliegerabsturz in Odessa. Der russische Flugzeugführer Leutnant Kuzminsky und sein Beobachter Leutnant Tustanowsky sind in Odessa mit ihrem Flugzeug aus beträchtlicher Höhe abstürzt. Der Führer wurde getötet, sein Begleiter schwer verletzt.

Räuberzügen in der Mandschurei. Die Arbeiter der Amur-Eisenbahn haben in letzter Zeit unter der Räuberplage zu leiden. Eine Räuberbande überfiel eine Arbeiterbaracke und tötete fünf Arbeiter, worauf die Räuber flüchteten, ohne daß sie bis jetzt festgenommen werden konnten. Die Arbeiter an der ganzen Bahnlinie sollen nunmehr bewaffnet werden.

Der „Hochverräter“ Hanji. Der Kolmarer Karikatursist Johann Jakob Walz, gen. Hanji, der wegen Hochverrats an das Reichsgericht verwiesen wurde, soll gegen eine Kaution von zwanzigtausend Mark in Freiheit gesetzt werden.

Automobilunglück in Südbaden. Zwischen Meßkirch und Walterweiler in Südbaden rannte ein Automobil gegen einen Steinhaufen und wurde die Straßenböschung hinabgeschleudert. Der Chauffeur, sowie drei Insassen, darunter ein Tütlinger Rechtsanwalt, wurden schwer verletzt. Einer von ihnen ist bereits gestorben.

Tödlicher Unfall auf der Jagd. In einem Jagdrevier bei Rathenow wurde der Bauunternehmer Karl Krause von einem unvorsichtigen Schützen auf dem Anstand erschossen. Der Verunglückte stand im besten Mannesalter und hinterläßt Frau und mehrere Kinder.

Sieben Personen durch Fleisch vergiftet. In Bottrop hat sich, wie aus Bochum gemeldet wird, ein schwerer Fall von Fleischvergiftung ereignet. Der Bergmann Wegla hatte vor einigen Tagen ein Schwein geschlachtet. Nach dem Genuß des Fleisches erkrankte die aus sieben Personen bestehende Familie. Wegla und zwei seiner Kinder sind bereits im Krankenhaus gestorben, die anderen Familienmitglieder schweben in Lebensgefahr. Ob Trichinose oder eine andere Fleischvergiftung vorliegt, konnte noch nicht festgestellt werden.

Absturz eines Fliegers ins Meer. Ein folgenschwerer Flugunfall wird von der französischen Mittelmeerflotte gemeldet. Der Flugführer Agostinelli flog bei einem Flug, den er in der Nähe von Antibes ausführte, aufs Meer hinaus. Etwa 300 Meter vom Ufer entfernt stürzte sein Apparat ins Wasser. Ehe dem Verunglückten Hilfe gebracht werden konnte, war er ertrunken.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: F. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. sämtlich in Lübeck.

KNORR

Wer Knorr-Suppenwürfel probiert
hat, verwendet nur noch diese, weil sie am
besten schmecken und sehr ausgiebig sind.

48 Sorten, wie: Eiermaden, Gulasch, Frankfurter, Geflügel. 1 Würfel 3 Teller 10 Pfg.